

Die SED und die Juden 1985-1990

gelesen:

<https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/132869/die-sed-und-die-juden-19851990?p=a>

Die SED und die Juden 1985-1990 Eine außenpolitische
Charmeoffensive der DDR Mitte der 1980-er Jahre begann die SED sich darum zu bemühen, die Beziehungen zum Judentum und zu Israel auszubauen, um die internationale Reputation der DDR zu verbessern, wirtschaftliche Hilfe aus den USA zu erhalten und schließlich auch jüdische Unterstützung für den Erhalt der deutschen Zweistaatlichkeit zu mobilisieren.

Einleitung

[1]

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 und der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober desselben Jahres führte zu einer Konkurrenzsituation, die die Außenbeziehungen der beiden deutschen Staaten bis zum Ende des Kalten Krieges maßgeblich bestimmen sollte. Bundeskanzler Konrad Adenauer reagierte auf die Gründung der DDR mit einer Grundsatzerklärung im Bundestag: Die DDR hätte keinen Anspruch auf Autonomie, und die Regierung Westdeutschlands verstünde sich als einziger Repräsentant aller Deutschen, und zwar bis zu jenem Zeitpunkt, zu dem das Land wieder vereinigt wäre.[2] Die Westmächte verweigerten der DDR die Anerkennung und unterstützten den Anspruch Bonn, alle Deutschen zu repräsentieren. Auf diplomatischer Ebene wurde die DDR zunächst allein von der Sowjetunion und deren Verbündeten anerkannt.[3] Da die Nichtanerkennungspolitik des Westens die Stabilisierung der DDR dauerhaft gefährdete, suchte die SED die Gründung des zweiten deutschen Staates anderweitig zu legitimieren.

Aus diesem Grund stilisierte die SED den Antifaschismus zum Gründungsmythos der DDR, der den ostdeutschen Staat zum moralisch überlegenen und darum rechtmäßigen Deutschland erklärte.[4] Der marxistisch-leninistischen Ideologie zufolge waren nicht das "Volk", sondern allein die Vertreter des Finanzkapitalismus für Faschismus und Krieg verantwortlich gewesen. Die SED hingegen nahm für sich in Anspruch, sie habe durch den Bruch mit dem Kapitalismus und durch die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft die Wurzeln des Faschismus ein für allemal beseitigt. Die ostdeutsche Propaganda erfuhr Unterstützung durch die unleugbare Tatsache, dass zahlreiche vormals hochrangige Mitglieder der NSDAP gehobene Positionen in der westdeutschen Gesellschaft bekleideten.[5] Diese Geschichtsinterpretation sollte zudem die DDR-Bevölkerung von einer (Mit-)Schuld an den Naziverbrechen freisprechen und sie auf diese Weise an den "Arbeiter-und-Bauern-Staat" binden. Gleichzeitig aber verhinderte dieser Ansatz eine tiefgreifende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Ostdeutschland, da der SED zufolge das Problem des Nationalsozialismus allein die westdeutsche Gesellschaft betraf.[6]

Auch der Genozid an den Juden war - zumindest in den ersten Jahrzehnten der DDR - nie Bestandteil der offiziellen kommunistischen Gedenkkultur. Der Begriff "Holocaust" kam im offiziellen Sprachgebrauch des ostdeutschen Staates praktisch nicht vor, weil er die besondere Bedeutung dieses historischen Ereignisses hervorhob. Dieser Umstand fügte sich nicht in die kommunistische Geschichtsauslegung, die den Fokus vor allem auf das Heldentum kommunistischer Gegner des Nationalsozialismus richtete. Aus diesem Grund befand die ostdeutsche Historiografie es weder für wert noch für wichtig, sich mit den deutschen Juden und ihrer Verfolgung zu befassen,

und wenigstens bis in die 1980er-Jahre fanden sich in Schulbüchern der DDR kaum Ausführungen zu den millionenfachen, von den Nationalsozialisten ermordeten jüdischen Opfern.[7] Bis in die 1980er-Jahre beschränkte sich in der DDR die ernsthafte Beschäftigung mit den nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Juden auf Kunst und Literatur. Mehrere bekannte Filme der DEFA befassten sich ebenfalls mit der Verfolgung und dem Genozid an den Juden und präsentierten erstaunlich differenzierte Darstellungen zum Holocaust.[8]

Der Politikwissenschaftler Dan Diner hat darauf hingewiesen, dass die DDR als Staat sich eher durch Antifaschismus als durch Sozialismus zu legitimieren versucht habe.[9] Tatsächlich diene der antifaschistische Gründungsmythos mehr als nur innerstaatlichen Zielen. So richtete sich die ostdeutsche Imagekampagne vor allem an das Ausland, um dieses von der Notwendigkeit der Existenz der DDR zu überzeugen, die nicht nur durch die mangelnde politische Anerkennung des Westens, sondern auch durch die fehlende Akzeptanz innerhalb der eigenen Bevölkerung infrage gestellt wurde. Internationale Akzeptanz zu gewinnen wurde so zu einer existenziellen Notwendigkeit für die SED.[10] Ost-Berlin verwendete deshalb umfangreiche Geldbeträge auf seine Imagekampagne im Ausland: fremdsprachige Zeitschriften mit Beiträgen zu den Errungenschaften der DDR, die Erfolge ostdeutscher Sportler, Kulturinstitute in westlichen Hauptstädten und Veranstaltungen der ostdeutschen "Liga für Völkerfreundschaft" dienten dazu, der Welt die DDR als antifaschistischen, modernen und erfolgreichen Staat zu präsentieren.[11] Diese Strategie war Teil eines Konzepts, für das in der Politikwissenschaft häufig der Begriff "Public Diplomacy" verwendet wird. Public Diplomacy bezeichnet nach der Definition des amerikanischen Politologen Hans N. Tuch "a government's process of communicating with foreign publics in an attempt to bring about understanding for its nation's ideas and ideals, its institutions and culture, as well as its national goals and current policies." [12] In dem folgenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie die SED Antifaschismus und Judentum verstärkt seit Mitte der 1980er-Jahre für ihre internationale Public-Diplomacy-Kampagne einsetzte und welche außenpolitischen Ziele sie dabei verfolgte.

Jüdisches Leben in der SBZ/DDR nach 1945

Die wichtigsten jüdischen Institutionen und Stätten in Berlin – das ehemalige jüdische Viertel um die teilweise zerstörte Synagoge an der Oranienburger Straße und der Friedhof Weißensee, Europas größter jüdischer Friedhof – befanden sich im sowjetischen Sektor. Daher siedelten sich die meisten Juden, die aus dem Exil oder als Überlebende aus Konzentrationslagern zurückkehrten, im Ostteil Berlins an. Unter ihnen waren viele jüdisch-deutsche Kommunisten, die am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mitwirken wollten. Viele jüdische Heimkehrer spielten in politischen und kulturellen Angelegenheiten eine wichtige Rolle, so etwa Albert Norden und Hermann Axen (die Mitglieder des SED-Politbüros wurden), Alexander Abusch (Kulturminister 1961), Klaus Gysi (Kulturminister 1966–1973), die Schriftsteller Stephan Hermlin, Stefan Heym, Anna Seghers, Arnold Zweig und der Philosoph Ernst Bloch.[13] Ihre Reassimilation wurde dadurch beschleunigt, dass die ersten Nachkriegsjahre vom Wohlwollen der SED gegenüber jüdischen Opfern des Nationalsozialismus bestimmt waren. Doch diese Phase währte nicht lange, und auch die Tatsache, dass die meisten jüdischen Heimkehrer Kommunisten waren, schützte sie nicht vor erneuter Ausgrenzung in der Zeit der forcierten Stalinisierung von 1949 bis 1953.

Der Grund für diese antisemitische Welle, die damals alle osteuropäischen Staaten erreichte, lag in Stalins veränderter Haltung gegenüber Israel. Hatte der sowjetische Diktator die Gründung des jüdischen Staates 1948 noch unterstützt, so distanzierte sich Stalin mit dem Beginn des Kalten Krieges zugunsten der arabischen Welt rasch von Israel. Seither waren der "Antizionismus" und die Solidarität mit den unterdrückten Palästinensern bis in die 1980er-Jahre grundlegend für die Außenpolitik der Sowjetunion und ihrer Verbündeten.[14]

Das hatte auch Konsequenzen für die Innenpolitik. Um die "zionistischen Agenten des Weltjudentums" zu "enttarnen", initiierte Moskau zahlreiche Parteisäuberungsaktionen in Osteuropa. Die Opfer, wie der tschechoslowakische KP-Generalsekretär Rudolf Slansky, wurden des "bourgeois Kosmopolitismus", des Liberalismus oder der Spionage bezichtigt. Natürlich wirkten sich die Säuberungsaktionen auch auf die Politik der DDR aus, die sich den sowjetischen "Antizionismus" zu eigen machte und ihn in Verbindung mit dem Thema der Restitution für ihre Propaganda und Außenpolitik nutzte. Die Regierung Israels hatte schon früh auch von der DDR Entschädigungen für die NS-Verbrechen gefordert. Aber die SED war nicht gewillt, eine gesamtdeutsche Verantwortung für den Holocaust anzuerkennen.



Paul Merker (1894-1969). (© Bundesarchiv, Bild 183-N0214-0316)

Ostdeutsche Politiker wie beispielsweise Politbüromitglied Paul Merker, die sich der besonderen Bedeutung des Genozids an den Juden bewusst waren und darum die Entschädigung jüdischer NS-Opfer als moralische Verpflichtung des deutschen Volks betrachteten, wurden politisch kaltgestellt. Die Partei sah gemäß ihrer antifaschistischen Legitimationsdoktrin keinen Anlass für Entschädigungszahlungen an die Juden.[\[15\]](#)

Als Ergebnis dieser Antisemitismuswelle wurden viele ostdeutsche Juden, ob gläubig oder säkularisiert, ihrer Positionen in Partei und Staat entbunden und in die erneute Emigration getrieben. Die repressive Politik gegenüber Juden änderte sich erst nach Stalins Tod 1953:



Einweihung des Ehrenmals für die jüdischen Opfer des Faschismus auf dem Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee, 11. Oktober 1953. (© Bundesarchiv, Bild 183-21734-0002)

Die Verfolgungen endeten, die meisten ehemaligen jüdischen Parteimitglieder wurden rehabilitiert und die finanziell ausgedörrten jüdischen Gemeinden erhielten staatliche Hilfe zur Unterhaltung

ihrer Synagogen, Friedhöfe, Gemeindehäuser und Pflegeheime.[16]

Der Historiker Mario Keßler schätzt daher ein, dass die Haltung der SED gegenüber den Juden nach der Phase der Unterdrückung 1953 in eine relativ weitreichende Toleranz umschwenkte. Keßler zufolge unterschied die SED klar zwischen "Antisemitismus", der offiziell verboten war, und "Antizionismus", einer negativer Haltung gegenüber Israel.[17] Dass Keßler - zumindest für die Zeit nach 1953 - von einer tendenziellen Toleranz gegenüber den Juden spricht, ist nachdrücklich kritisiert worden.[18] Für den Historiker Michael Wolffsohn beispielsweise steht klar fest, dass das punktuelle Entgegenkommen der SED-Führung gegenüber der jüdischen Minderheit in der DDR einem rein politischen Kalkül entsprach und in keiner Weise aus einer moralischen Verpflichtung gegenüber den Holocaust-Opfern erwuchs.[19]

Der Umgang der DDR mit den Juden seit Mitte der 1980er-Jahre

Nach einer Konsolidierungsphase infolge der internationalen Anerkennung 1972/73 rutschte die DDR in den 1980er-Jahren in eine schwere wirtschaftliche und politische Krise. Der Staat war nahezu bankrott und der ostdeutsche Lebensstandard hinkte dem der Bundesrepublik weit hinterher. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem autokratischen Regime der SED nahm weiter zu und Tausende Ostdeutsche versuchten, das Land zu verlassen. Zudem sah sich die SED mit der Reformpolitik im angrenzenden Polen konfrontiert sowie mit Michael Gorbatschows Perestroika, die von der SED aus Angst vor einer Destabilisierung des ostdeutschen Staates abgelehnt wurde. Angesichts Moskaus schwindender politischer Unterstützung, bis dahin ein verlässlicher Garant für die Erhaltung des ostdeutschen Staates, musste die SED neue Verbündete finden, um den Fortbestand der DDR dauerhaft zu sichern.

Zudem versuchte die SED, die innerstaatlichen Probleme mit außenpolitischen Erfolgen wettzumachen. Im Laufe der 1980er-Jahre wurde Staats- und Parteichef Erich Honecker in zahlreichen westlichen Hauptstädten empfangen - 1981 in Tokio, 1984 in Helsinki, 1985 in Rom und Athen, 1986 in Stockholm, 1987 in Bonn, Brüssel und Den Haag sowie 1988 in Paris und Madrid. Als Komplettierung seiner Besuchstour in die wichtigsten westlichen Hauptstädte erhoffte sich Honecker eine Einladung des Weißen Hauses. Aus diesem Grund gehörte es zu den vorrangigen Zielen der SED-Außenpolitik in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre, sich um das Zustandekommen eines offiziellen Besuchs in Washington zu bemühen, was den Höhepunkt von Honeckers politischer Karriere und die Krönung seines Bemühens um die internationale Anerkennung der DDR markiert hätte.[20]

Vor dem Hintergrund der sich stetig verschlechternden wirtschaftlichen und finanziellen Situation hoffte die SED außerdem darauf, dass die amerikanische Regierung der DDR die Meistbegünstigungsklausel gewähren würde, was ihr Handelsvorteile beschert und ostdeutsche Importe für die USA sehr viel preiswerter gemacht hätte. Seit dem Austausch von Botschaftern 1974 hatte die SED keine nennenswerten Erfolge mehr erzielt bei dem Versuch, die Beziehungen zu den USA zu verbessern, was vor allem ihrer Weigerung zuzuschreiben war, Reparationen an Israel und an die jüdischen Opfer des Holocaust zu zahlen.[21] Archivadokumente beweisen, dass der Umgang der DDR mit den Juden und mit Israel Mitte der 1980er-Jahre vorrangig politisch und ökonomisch motiviert war.[22] Dabei hoffte die ostdeutsche Staats- und Parteiführung offensichtlich, dass die amerikanischen Juden bei der Verbesserung des Kontakts zum Weißen Haus behilflich sein könnten.[23] Bereits 1984 hatte Irene Runge, jüdisches SED-Mitglied, nach einem Besuch in den USA darauf hingewiesen, dass "der Einfluss der jüdischen Lobby Amerikas" genutzt werden sollte, um in Washington die Interessen der DDR voranzubringen, und hatte konkrete Vorschläge für

“Zeichen des Entgegenkommens” gegenüber dem jüdischen Volk auf internationaler Ebene gemacht, etwa den Wiederaufbau von Berlins ehemaliger Hauptsynagoge an der Oranienburger Straße, was ihrer Ansicht nach umgehend in der amerikanischen Presse verbreitet werden sollte.[24]

Allerdings gab es Mitte der 1980er-Jahre nur noch sehr wenige Juden in der DDR: Die jüdischen Gemeinden dort zählten nur noch wenige Hundert Mitglieder und waren zudem stark überaltert. Das war aus Sicht der ostdeutschen Staats- und Parteiführung problematisch, weil das antifaschistische Image der DDR dadurch gefährdet schien. Dem Staatssekretariat für Kirchenfragen zufolge war es demnach nun noch wichtiger als in der Vergangenheit, die jüdischen Gemeinden zu unterstützen. Es wurde daher vorgeschlagen, den 50. Jahrestag der “Reichskristallnacht” am 9. November 1988 zu nutzen, um die westliche Welt über jüdisches Leben in der DDR zu informieren und die antifaschistische Haltung des Staates zu demonstrieren.[25] Zu diesem Zweck sollte die staatliche Reiseagentur der DDR Touristenausflüge zu Sehenswürdigkeiten und Gedenkstätten in Berlin vorbereiten, die jüdisches Leben in Vergangenheit und Gegenwart zeigten, ein Reiseführer sollte erstellt und in den Botschaften sowie an ausländische Touristen an der Grenze verteilt werden. Im Frühjahr 1987 sollte eine internationale Pressekonferenz stattfinden, unter anderem mit dem Präsidenten der jüdischen Gemeinden der DDR, Siegmund Rotstein. Zu Ehren jüdischer Opfer und Widerstandskämpfer gegen den Faschismus sowie zur Erinnerung an die Geschichte der Juden in Berlin (Ost) sollten Gedenktafeln aufgehängt, die Neue Synagoge wieder aufgebaut und der Beginn des Wiederaufbaus im Rahmen der 750-Jahr-Feier Berlins festlich begangen werden. In der Neuen Synagoge sollte zur Unterstützung und Kultivierung jüdischen Lebens und zur Übermittlung von Informationen darüber ein kulturwissenschaftlich ausgerichtetes Centrum Judaicum gegründet werden. Die jüdischen Gemeinden der DDR sollten einen hauptberuflichen Geschäftsführer bestimmen, der ihre zunehmenden Aufgaben erledigen würde, und das Angebot aus den USA, einen Rabbiner nach Ost-Berlin zu entsenden, sollte angenommen werden, um das jüdische Leben in der DDR neu zu beleben. Schließlich sollte auch das jüdische Pflegeheim in Ost-Berlin renoviert und die finanzielle Unterstützung für jüdische Friedhöfe und Museen in der DDR erweitert werden. Diese Vorschläge, vom Staatssekretariat für Kirchenfragen gemeinsam mit dem Außenministerium entwickelt, wurden in den Folgejahren umgesetzt. Im September 1987 bestimmte die jüdische Gemeinde Ost-Berlins nach über 20 Jahren ihren ersten Rabbiner. Allerdings verließ Rabbiner Isaac Neuman, ein amerikanischer Staatsbürger, nach nur acht Monaten die DDR wieder. Er gab an, dass Unstimmigkeiten zwischen ihm und der jüdischen Gemeinde seine Position unhaltbar gemacht hätten. Das war ein Rückschlag für die SED, die darauf gehofft hatte, mit Neumans Hilfe Kontakte zu jüdischen Kreisen in den USA herstellen zu können. Die SED konzentrierte sich in den Folgemonaten daher auf die Stärkung ihrer Kontakte zu dem in den USA ansässigen Jüdischen Weltkongress (WJC).[26]



Hermann Axen (2.v.r.) im Gespräch mit dem stellvertretenden Unterstaatssekretär im USA-Außenministerium William Bodde (2.v.l.), dem Botschafter der DDR in den USA, Gerhard Herder (r.) und dem Botschafter der USA in der Ost-Berlin, Francis J. Meehan auf der Andrews Air Force Base bei Washington D.C., 1. Mai 1988. (© Bundesarchiv, Bild 183-1988-0502-020)

Im Mai 1988 nahm Hermann Axen, jüdischer Abstammung und im SED-Politbüro für internationale Angelegenheiten zuständig, die Einladung des Institute for Contemporary German Studies an der Johns Hopkins University in Washington an. Das Center war vom State Department angewiesen worden, Axen einzuladen, den die amerikanische Regierung nicht offiziell empfangen wollte, aus Sorge, die DDR dadurch international aufzuwerten. Axen wiederum hatte klare politische Anweisungen: Er sollte mit der Jewish Claims Conference verhandeln und mit amerikanischen Politikern wie Handelsminister William Verity und Außenminister George Schultz zusammentreffen, um diese davon zu überzeugen, der DDR den Status einer meistbegünstigten Nation zu gewähren. Weil die SED wusste, dass dieses Ziel so lange unerreichbar blieb, wie die DDR sich weigerte, der Jewish Claims Conference Reparationen zu zahlen, schlug Axen ein "Pauschalangebot" vor. Auf die wirtschaftlichen Probleme der DDR verweisend erklärte er, dass die DDR ihre Solidarität mit den Opfern des Holocaust mittels "finanzieller Hilfe" bekunden wolle (Axen vermied den Begriff "Reparationen"). Allerdings müsse dieses Geld erst noch verdient werden, und zwar durch die Erweiterung der Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten. Insofern sei es notwendig für die DDR, in den Genuss der Meistbegünstigungsklausel zu gelangen. Auch wenn die DDR nicht von ihrer früheren Weigerung abrückte, Reparationen zu zahlen, und nur in beschränktem Umfang humanitäre Hilfe zu leisten beabsichtigte, schienen die US-Politiker Axens Vorschlägen gegenüber anfangs nicht abgeneigt zu sein und auch bei amerikanischen Juden fanden sie zunächst Unterstützung.[\[27\]](#)



Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, wird von SED-Chef Erich Honecker mit dem Stern der Völkerfreundschaft in Gold ausgezeichnet, 17. Oktober 1988. (© Bundesarchiv, Bild 183-1988-1017-415)

Um die Kontakte zum Jüdischen Weltkongress weiter auszubauen, wurde deren Präsident, Edgar Bronfman, am 16. Oktober 1988 nach Ost-Berlin eingeladen, wo ihm von Erich Honecker der Stern der Völkerfreundschaft in Gold, eine der höchsten Auszeichnungen der DDR, verliehen wurde.[\[28\]](#) Bronfman zeigte sich seinerseits erkenntlich, indem er die an die Juden gerichtete SED-Imagekampagne unterstützte.[\[29\]](#) Am 31. Oktober 1988 erklärte er öffentlich, dass er zutiefst beeindruckt vom neuen Deutschland sei, und in einem Interview mit "Newsweek" sagte er, dass es von einem jüdischen Standpunkt aus keinen Grund für die USA gäbe, der DDR den Status als meistbegünstigte Nation zu verweigern, und dass er nichts erkennen könne, was einem Besuch Honeckers in den Vereinigten Staaten im Wege stünde.[\[30\]](#) Aus welchen Motiven der WJC die DDR unterstützte, ist nicht ganz klar.[\[31\]](#) Bronfman selbst fühlte sich sicherlich geschmeichelt durch die staatsmännischen Empfänge, die ihm in Ost-Berlin bereitet wurden. Zum anderen folgte er aber wohl auch privaten wirtschaftlichen Interessen und hoffte für Produkte aus den eigenen Exportunternehmen auf neue Absatzmärkte in Osteuropa.[\[32\]](#)

Zwei Wochen nach Bronfmans Besuch in der DDR wurde mit etlichen Veranstaltungen des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht gedacht. Zahlreiche jüdische Gäste aus den USA und aus Israel waren zugegen, und die DDR hatte landesweit Gedenkreden, Ausstellungen, Konzerte und Theateraufführungen organisiert.[\[33\]](#) Das Centrum Judaicum wurde am 10. November 1988 mit der Absicht gegründet, ein Institut für die Bewahrung jüdischer Kultur und Geschichte in der DDR einzurichten.



Grundsteinlegung für den Wiederaufbau der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin, 10. November 1988. Am Mikrophon der Ost-Berliner Oberbürgermeister Erhard Krack, links der Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Ost-Berlin, Peter Kirchner, in der Bildmitte Staats- und Parteichef Erich Honecker. (© Bundesarchiv, Bild 183-1988-1110-032)

Am selben Tag legte Erich Honecker den Grundstein für den Wiederaufbau von Berlins ehemaliger Hauptsynagoge, dem künftigen Sitz des Centrum Judaicum. Die Historikerin Angelika Timm, die als Dolmetscherin bei den Treffen von Vertretern der DDR und Israels anwesend war, sieht in den Gedenkzeremonien um den 9. November einen definitiven Wendepunkt im ambivalenten Annäherungsprozess zwischen der DDR und Israel. Erstmals waren Vertreter des jüdischen Staates offiziell in die DDR eingeladen worden, darunter der Direktor der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem und Josef Burg, Israels Minister für religiöse Angelegenheiten.[\[34\]](#)

Nach den Gedenkfeiern erwartete die SED einen Durchbruch in den Verhandlungen mit der Jewish Claims Conference. Aber ihre Pläne, den Status einer meistbegünstigten Nation als Gegenleistung für die Bereitschaft zur Zahlung von 100 Millionen Dollar zu erlangen, schlugen fehl angesichts aufkommender öffentlicher Proteste von Juden in den USA und vor allem in Israel, wo viele dies als inakzeptablen Tausch für die Hilfe bei der "Rehabilitation" der DDR betrachteten.[\[35\]](#)

Fortan entwickelte die SED deshalb ein besonderes Interesse daran, das Image der DDR in Israel zu verbessern. Anfang 1989 besuchte der Staatssekretär für Kirchenfragen, Kurt Löffler, in Begleitung von zwei Funktionären des Außenministeriums Israel. Ihre offizielle Aufgabe war die Stärkung und Konsolidierung der Kontakte mit dem Jüdischen Weltkongress, mit Yad Vashem und mit anderen kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen in Israel.[\[36\]](#) Die Ost-Berliner Diplomaten waren vom WJC-Präsidenten, Edgar Bronfman, eingeladen worden, der für sie inoffizielle Treffen mit Vertretern israelischer Regierungskreise arrangiert hatte, die aufgrund der unterschiedlichen Positionen allerdings weitgehend ergebnislos bleiben sollten.[\[37\]](#)

Erst die politischen Entwicklungen in der DDR im Sommer und Herbst 1989 veranlassten die SED-Führung schließlich, ihre Politik gegenüber Israel grundlegend zu ändern. Ende 1989 hoffte Ost-Berlin darauf, diplomatische Beziehungen mit Israel ohne Bedingungen aufnehmen zu können.[\[38\]](#) Aber die Israelis blieben gegenüber den ostdeutschen Avancen distanziert. Dagegen gelang es der SED, israelisch-jüdische Unterstützung gegen die deutsche Wiedervereinigung zu mobilisieren, die Ost- und Westdeutsche seit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 mit wachsendem Nachdruck forderten. Noch im selben Monat veröffentlichten jüdische Gemeinden in der DDR eine Erklärung, worin sie ihre Unterstützung für die Erhaltung zweier deutscher Staaten zum Ausdruck brachten. Auch der WJC blieb der DDR treu: Drei Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer reiste WJC-Unterhändler Maram Stern nach Ost-Berlin.[\[39\]](#) Gegenüber dem ostdeutschen Außenminister Oskar Fischer versicherte Stern am 30. November 1989, dass die Frage der deutschen Vereinigung nicht auf der Agenda stehe. Der WJC werde alles in seiner Macht Stehende tun, sie zu verhindern und den Lehren der Vergangenheit damit Rechnung zu tragen. Obwohl es schwierig sei, eine solche Haltung in der Öffentlichkeit zu vertreten, werde WJC-Präsident Bronfman seinen Einfluss in dieser Hinsicht in den USA und anderswo geltend machen, zumal das State Department trotz gegenteiliger Erklärungen nicht sonderlich begeistert von der Aussicht auf eine deutsche Wiedervereinigung

sei.^[40]Die SED schien darauf zu hoffen, die deutsche Wiedervereinigung mithilfe des Jüdischen Weltkongresses bremsen oder sogar verhindern zu können. Aus diesem Grund bat Außenminister Fischer Stern, seine guten Absichten an die Israelis zu übermitteln.^[41] Ende Januar 1990 fanden erste Gespräche zwischen Vertretern der DDR und Israels über eine mögliche Aufnahme diplomatischer Beziehungen in Kopenhagen statt, die allerdings an der anhaltenden Weigerung Ost-Berlins scheiterten, sich an Reparationszahlungen zu beteiligen. Auch die Zahlung einer großzügigen Spende zugunsten israelischer Holocaust-Opfer, die die DDR-Regierung unter Hans Modrow noch im Februar 1990 angewiesen hatte, konnte keinen Durchbruch bei den Verhandlungen herbeiführen.^[42] Trotz dieses Rückschlags versuchte die DDR weiterhin auf internationaler Ebene, Vertreter des Judentums gegen die deutsche Wiedervereinigung zu mobilisieren. Noch im Februar und März 1990 wandte sich der neue Parteivorsitzende der SED, Gregor Gysi, selbst jüdischer Abkunft, mit der Bitte um finanzielle Investitionen an den Jüdischen Weltkongress, um die Unabhängigkeit der DDR zu wahren, da "besonders Juden ein Interesse an der Erhaltung zweier deutscher Staaten haben sollten".^[43] Zwischenzeitlich hatte allerdings Israels Außenminister Bonn besucht und erfahren, dass die Bundesregierung die Aufnahme von Beziehungen zwischen der DDR und Israel nicht unterstütze und in Kürze die Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu erwarten sei.^[44] Tatsächlich war der Niedergang des ostdeutschen Staates nicht länger aufzuhalten. Nachdem die CDU aus den ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990 als Sieger hervorgegangen war, wurde der Einigungsprozess unter ihrer Führung weiter beschleunigt; ein halbes Jahr später bereits war die politische Vereinigung der beiden deutschen Staaten abgeschlossen.

Fazit und Ausblick

In der DDR wurden durch die staatlich vorgegebene Geschichtspolitik bestimmte NS-Opfergruppen wie die der Juden aus der Erinnerungskultur zunächst ausgeklammert und allein das Andenken an die kommunistischen Widerstandskämpfer gepflegt. Erst in den 1980er-Jahren entdeckte die SED die Bedeutung der eigenen jüdischen Bevölkerung, um ihr internationales Image zu verbessern und die Reputation der DDR als antifaschistischer Staat zu stärken. Gleichwohl war die DDR auch schon zuvor mit ihrem "moralischen Alleinvertretungsanspruch" auch international nicht ohne Erfolg geblieben. Angesichts der Tatsache, dass viele Nationalsozialisten nach Kriegsende in der westdeutschen Gesellschaft wieder in hochrangige Positionen gelangt waren, glaubten selbst manche westliche Linke lange Zeit, dass der ostdeutsche "Arbeiter-und-Bauern-Staat" in Bezug auf die antifaschistische Umgestaltung der Gesellschaft – trotz aller Unzulänglichkeiten – das "bessere" Deutschland sei. Aus diesem Grund waren auch viele ostdeutsche Juden bereit, sich in den Dienst der DDR zu stellen, um deren antifaschistisches Fundament zu bezeugen.

Vergleicht man die Erinnerungskulturen sowie das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zum Judentum miteinander, so fallen in erster Linie die großen Unterschiede auf, aber bei näherer Betrachtung lassen sich auch gewisse Parallelen entdecken: In der Bundesrepublik etablierte sich zwar erst nach Jahren der Verdrängung und der Tabuisierung der NS-Vergangenheit eine holocaust-bezogene Erinnerungskultur, die aber – ebenso wie der antifaschistische Gründungsmythos der DDR – für das Selbstverständnis des westdeutschen Staates bedeutsam werden sollte.

Und auch in der Bundesrepublik wurden die Opfer der NS-Herrschaft – analog zur DDR – sehr unterschiedlich gewertet. Kommunistischer Widerstandskämpfer wurde von offizieller Seite nur in Ausnahmefällen gedacht; stattdessen wurde das Andenken vor allem an den militärischen, bürgerlichen und kirchlichen Widerstand gepflegt. Und auch die Entscheidung der ersten Bundesregierung, Israel umfangreiche Entschädigungen für die NS-Verbrechen zu zahlen, war sicherlich nicht nur aus moralischer Verpflichtung erfolgt, sondern auch mit dem außenpolitischen Kalkül verbunden, Deutschland damit den Weg zurück in die westliche Staatengemeinschaft zu

ebnen.

Nach der Wiedervereinigung kam zwischen Juden aus Ost- und Westdeutschland eine Diskussion über ihre Rollen in der jeweiligen Gesellschaft auf, die der deutschen Generaldebatte nach 1990 erstaunlich ähnelte. Während westdeutsche Juden und Nichtjuden ihren Landsleuten in der ehemaligen DDR vorhielten, dem kommunistischen System in die Hände gespielt zu haben, versuchten die Ostdeutschen, sich zu rechtfertigen und zu erklären. Der westdeutsche jüdische Historiker Michael Wolffsohn zum Beispiel betonte wiederholt, dass die DDR die Juden für ihre politischen Ziele instrumentalisierte, und kritisierte gleichzeitig die Haltung der ostdeutschen Juden zu ihrem Staat, die sich – überwiegend aus ideologischer Verblendung – von der SED vor den Karren ihrer politischen Ziele hatten spannen lassen. Für Wolffsohn war der Antifaschismus der SED sowie ihre Bemühungen um Annäherung gegenüber den Juden in den 1980er-Jahren durch und durch scheinheilig, da sie nicht auf moralischer Überzeugung gründeten.[\[45\]](#)

Der langjährige Präsident der jüdischen Gemeinde in Ost-Berlin, Peter Kirchner, verbittert über die autokratische Art, in der die kleinen jüdischen Gemeinden Ostdeutschlands dem westdeutschen Zentralrat der Juden angeschlossen wurden,[\[46\]](#) wies Wolffsohns Anschuldigungen entschieden zurück und verteidigte das Engagement des ostdeutschen Staates für die jüdischen Gemeinden.[\[47\]](#) Auch die ostdeutsche Historikerin Annette Leo beschuldigte Wolffsohn der Polemik und plädierte für eine differenziertere Geschichtsbetrachtung. Leo, die einer säkularisierten jüdischen Familie in der DDR entstammte, versuchte die Verbundenheit der ostdeutschen Juden mit ihrem Staat zu erklären. Sie verwies auf die Schwierigkeiten, denen sich die jüdischen Kommunisten gegenübersehen, die die Konzentrationslager überlebt hatten oder aus dem Exil zurückgekehrt waren, um eine neue Gesellschaft aufzubauen. Den ostdeutschen Antifaschismus verinnerlichend, ohne ihn wirklich zu hinterfragen, seien sie überzeugt gewesen, dem besseren deutschen Staat zu dienen.[\[48\]](#)

Den jüngeren ostdeutschen Generationen, die den Krieg nicht erlebt hatten, reichte die Geschichte zur antifaschistischen Vergangenheit ihrer politischen Führer nicht mehr aus, um deren Herrschaft in den 1980er-Jahren zu rechtfertigen. Just am 9. November 1989, genau ein Jahr nach jenen Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht, mit denen die SED das antifaschistische Image der DDR zu stärken und ihre Herrschaft zu stabilisieren versucht hatte, fiel im Zuge des revolutionären Aufbegehrens der Ostdeutschen die Berliner Mauer.



Neue Synagoge an der Oranienburger Straße in Berlin. (© Bundesregierung, B 145 Bild-00048235)

Nach 1990 war der Wiederaufbau der Synagoge an der Oranienburger Straße interessanterweise

eines der wenigen DDR-Projekte, die im wiedervereinigten Deutschland weitergeführt wurden. Am symbolträchtigen 8. Mai 1995, in feierlicher Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkriegs, wurde das Centrum Judaicum in der wiederaufgebauten Synagoge von Bundespräsident Roman Herzog eingeweiht. Drei Jahre zuvor hatte sich die Bundesregierung entschlossen, die bereits großzügig gehandhabten Einreisegenehmigungen für jüdische Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion, zu denen die späte DDR-Regierung den Anstoß gegeben hatte, noch auszudehnen. Das löste eine Renaissance des Judentums in Deutschland aus. Seither hat sich die Zahl der Juden in Deutschland vervielfacht; es wurden neue Synagogen gebaut und jüdische Gemeinden, Schulen, kulturelle Verbände usw. wurden landesweit wieder gegründet. [49] Jüdisches Leben in Deutschland wiederzubeleben und auszubauen wurde von der Bundesregierung offensichtlich als wichtiges Zeichen der demokratischen und pluralistischen Ausrichtung des Landes gesehen, mit dem man – ganz im Sinne einer Public Diplomacy – Ängste vor einem nationalistischen, fremdenfeindlichen wiedervereinigten Deutschland zu zerstreuen versuchte, die viele Europäer Anfang der 1990er-Jahre hegten.

[1](#)|[2](#)|[3](#)|[4](#)|[5](#)|[6](#) **Auf einer Seite lesen**

Lesen Sie auch zum :

Medinat Weimar

https://www.welt.de/welt_print/article2129475/In-Weimar-soll-ein-juedischer-Staat-entstehen.html

https://www.deutschlandfunkkultur.de/medinat-weimar-ein-juedischer-staat-in-weimar.1079.de.html?dram:article_id=176430

<https://www.volldraht.de/index.php/gesellschaft/1270-thueringen-wird-zum-judenstaat-umgebaut-das-medinat-weimar-startet-mit-dem-zusammenschluss-von-250-gemeinden>

<http://www.hagalil.com/2012/01/medinat-weimar/>

Weitere Themen

- <https://www.welt.de/print-welt/article234927/3000-Stasi-Spitzel-im-DDR-Sport.html>
- [7. Mai 1989 – Wahlbetrug in der DDR](#)
- [Bundesrepublik Deutschland](#)
- [Das Lebensgefühl junger Polizisten Anfang der 70er Jahre](#)
- [Deutscher Alltag: Was sie voneinander wissen](#)
- [Deutschland Archiv 2018](#)
- [Die Jagd gehört dem Volke](#)
- [Kurze Geschichte des Paragrafen 218 Strafgesetzbuch](#)
- [Polizei- als Erziehungsarbeit? Zu einem zentralen Motiv deutscher Polizeiarbeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts](#)
- [Stasi-Akte Honecker](#)
- [“Totalschaden” – Das Finale Grande der DDR-Volkswirtschaft 1989](#)
- [Untergrund war Strategie](#)
- [Vor 20 Jahren: Eine Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht polarisiert Deutschland](#)
- [Vor 50 Jahren: Erste Konzertierte Aktion](#)
- [Vor 60 Jahren: Gesetz über die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR](#)
- [Vor 70 Jahren: Erste Verfassung für die DDR](#)

Zwei Kriege mußten her, um ISRAEL gründen zu können, so Benjamin Freedmans Rede

Ein Insider warnt Amerika

Benjamin H. Freedmans Rede

Vorwort

Benjamin H. Freedman wurde 1890 in den USA als Sohn jüdischer Eltern geboren. Er war sowohl ein erfolgreicher Geschäftsmann als auch ein absoluter Insider der amerikanischen Politik sowie verschiedener jüdischer Organisationen. Zu seinen persönlichen Freunden zählten Leute wie Bernard Baruch, Samuel Untermyer, Woodrow Wilson, Franklin Roosevelt, Joseph Kennedy und viele andere einflußreiche Persönlichkeiten jener Zeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg brach Freedman mit dem Judentum und verbrachte den Rest seines Lebens damit, die Amerikaner vor dem übermäßigen Einfluß jüdischer Lobbies zu warnen.

Obwohl Freedmans Rede bereits 1961 gehalten wurde, hat sie keineswegs an Aktualität verloren, ganz im Gegenteil: Amerikas Nahostpolitik ist heute fester denn je im Würgegriff jüdischer, pro-israelischer Hintergrundmächte. Dies wird nun auch von völlig unverdächtigter Seite, nämlich von zwei renommierten Wissenschaftlern der Harvard University, bestätigt. John Mearsheimer und Stephen Walt weisen in ihrer Studie *“The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy 1[1]“* nach, daß die Nahostpolitik der USA nicht etwa amerikanische Interessen vertritt, sondern in erster Linie israelische. Diese Pflichtvergessenheit der amerikanischen Außenpolitik, die den USA wenig Sympathien, dafür aber um so mehr Feinde beschert hat, erklären die Autoren damit, daß jüdische Lobbies es meisterhaft verstanden haben, den Amerikanern einzureden, die regionalen Feinde Israels (insbesondere Iran, Irak und Syrien 2[2]) seien eine Bedrohung für die USA. Die frechen Lügen, die 2003 zum zweiten Überfall auf den Irak geführt haben, sind kaum vergessen und werden nahezu wortgetreu wieder aufgetischt - diesmal gegen den Iran. Vor diesem Hintergrund erscheint der Aufruf *“Nie wieder Krieg für Israel“* (www.abbc.net/boycott-israel/flugblatt.pdf) dringlicher denn je. Die deutsche Übersetzung der Freedman-Rede ist im Sinne einer besseren Lesbarkeit leicht gekürzt und editiert, außerdem wurden einige erklärende Fußnoten hinzugefügt. Unter den Google Suchbegriffen: *“Benjamin Freedman Willard Hotel 1961“* finden Sie sowohl die Tonaufzeichnung als auch den englischen Originaltext dieser Rede.

Die Rede von Benjamin H. Freedman:

»Hier in den Vereinigten Staaten kontrollieren Juden und Zionisten alle Bereiche unserer Regierung. Sie herrschen in den USA, als wären sie die absoluten Monarchen dieses Landes. Sie mögen einwenden, dies sei eine recht kühne Behauptung. Doch ich werde Ihnen erläutern, was so alles passiert ist, während Ihr, nein, während wir alle schliefen.

Der Erste Weltkrieg brach im Sommer 1914 aus. Einige in meinem Alter werden sich daran noch

erinnern. Dieser Krieg wurde auf der einen Seite von England, Frankreich und Rußland und auf der anderen Seite von Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei geführt.

Innerhalb von zwei Jahren gewann Deutschland diesen Krieg, nicht nur nominell, sondern tatsächlich. Die bis dahin unbekanntenen deutschen U-Boote vernichteten so gut wie alle alliierten Kriegsschiffe auf dem Atlantik. Großbritanniens Munition und Lebensmittel gingen zur Neige. Der Nachschub reichte gerade mal für eine Woche, danach drohte eine Hungersnot.

Zur gleichen Zeit meuterte die französische Armee; sie hatten 600.000 blühende junge Leben bei der Verteidigung von Verdun verloren. Die russische Armee zog sich fluchtartig zurück. Sie sammelten ihr Spielzeug ein und gingen nach Hause; sie wollten nicht mehr Krieg spielen. Auch die italienische Armee kollabierte. In Deutschland fiel bis dahin kein einziger Schuß und kein einziger Kriegsgegner hatte deutschen Boden betreten. Dennoch bot Deutschland England den Frieden an. Einen Frieden, den Juristen "status quo ante" nennen, was so viel bedeutet wie: "Laßt uns den Krieg beenden und alles soll so sein wie vor dem Krieg."

England zog dies im Sommer 1916 ernsthaft in Erwägung. Sie hatten keine andere Wahl. Sie konnten entweder das großzügige Friedensangebot Deutschlands annehmen oder den Krieg bis zur vollständigen Niederlage fortführen.

Doch dann wandten sich deutsche Zionisten an das britische Kriegsministerium und sagten: "Seht her, ihr könnt diesen Krieg doch noch gewinnen, ihr dürft nicht aufgeben. Ihr braucht auf das deutsche Friedensangebot nicht einzugehen. Wenn die USA als eure Verbündeten in den Krieg eintreten, könnt ihr diesen Krieg gewinnen." Ich habe dies sehr verkürzt wiedergegeben, aber ich kann das eben Gesagte anhand von Dokumenten nachweisen, falls es jemanden genauer interessieren sollte.

Außerdem sagten die Zionisten zu England: "Wir bringen die USA als euren Verbündeten in den Krieg, wenn ihr uns versprecht, daß wir nach dem Krieg Palästina bekommen."

England hatte das gleiche Recht, irgend jemandem Palästina zu versprechen wie Amerika das Recht hätte, den Iren - aus welchen Gründen auch immer - Japan zu versprechen. Es war absolut absurd, daß Großbritannien, das keine Interessen und auch keine Verbindungen zu Palästina hatte, dieses Land als Gegenleistung für den Kriegseintritt der USA anbot. Dennoch gaben sie dieses Versprechen im Oktober 1916. Kurz darauf - ich weiß nicht, wie viele sich noch daran erinnern - traten die USA, die bis dahin fast vollständig pro-deutsch waren, als Verbündete Großbritanniens in den Krieg ein.

Bis dahin waren die Vereinigten Staaten pro-deutsch. Auch die amerikanischen Juden waren pro-deutsch, weil viele von ihnen aus Deutschland stammten. Sie wollten, daß Deutschland den Zaren besiegt. Die Juden haßten den Zaren, sie wollten nicht, daß Rußland den Krieg gewinnt.

Jüdische Bankiers wie Kuhn-Loeb und andere Großbanken weigerten sich, England und Frankreich auch nur mit einem Dollar zu unterstützen. Aber sie pumpten Geld nach Deutschland, denn sie wollten, daß Deutschland den Krieg gewinnt und daß das zaristische Regime untergeht.

Doch diese gleichen Juden ließen sich plötzlich auf einen Handel mit England ein als sie die Möglichkeit sahen, Palästina zu bekommen. Auf einmal veränderte sich in den USA alles, wie eine Ampel, die von rot auf grün schaltet. Alle Zeitungen, die bis eben noch pro-deutsch waren, schwenkten um. Es wurde plötzlich behauptet, die Deutschen seien böse, sie seien Hunnen, Barbaren usw. Die Deutschen würden Rot-Kreuz-Schwester erschießen und kleinen Babies die Hände abhacken.

Nun telegrafierte die Zionisten aus London an ihren Gewährsmann in den USA, Richter Brandeis: "Wir bekommen von England was wir wollen. Bearbeiten sie Präsident Wilson. Bringen sie Präsident Wilson dazu, in den Krieg einzutreten."

Kurz darauf erklärte Präsident Wilson Deutschland den Krieg. Auf diese Weise traten die USA in den Krieg ein. Doch es gab absolut keinen Grund, diesen Krieg zu unserem zu machen. Wir wurden hineingetrieben, nur damit die Zionisten ihr Palästina bekommen. Das ist etwas, was den Bürgern dieses Landes noch nicht erzählt wurde. Sie wissen bis heute nicht, warum wir in den Ersten Weltkrieg eingetreten sind. Nach dem Kriegseintritt der USA gingen die Zionisten nach London und sagten: "Wir haben unseren Teil der Abmachung erfüllt, jetzt seid ihr dran. Wir sollten schriftlich festhalten, daß uns Palästina zusteht, falls ihr den Krieg gewinnt."

Die Zionisten wußten ja nicht, ob der Krieg noch ein, zwei oder zehn Jahre dauern würde. Deshalb wollten sie ihre Abmachung mit der englischen Regierung schriftlich festhalten. Das Schriftstück wurde in Form eines Briefes verfaßt, der verschlüsselt formuliert wurde, so daß die Allgemeinheit nicht genau wissen konnte, was dahintersteckt. Dieses Schriftstück ist heute als die Balfour-Erklärung 3[3] bekannt. Die Balfour-Erklärung war Englands Versprechen an die Zionisten, daß sie als Gegenleistung für den von ihnen herbeigeführten Kriegseintritt der USA Palästina erhalten würden.

Damit begann der ganze Ärger. Die USA traten in den Krieg ein, was bekanntlich zur Niederlage Deutschlands führte. Was danach passierte, wissen Sie ja. Nach Kriegsende kam es 1919 zur Versailler Friedenskonferenz. Auf dieser Konferenz nahm auch eine Delegation von insgesamt 117 Juden teil, welche von Bernard Baruch angeführt wurde. Woher ich das weiß? Nun, ich sollte es wissen, denn ich war damals auch in Versailles.

Als man auf dieser Konferenz gerade dabei war, Deutschland zu zerstückeln und Europa neu aufzuteilen, sagten die Juden: "Wir wollen Palästina für uns." Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, zeigten sie den Teilnehmern die Balfour-Erklärung. Die Deutschen erfuhren erst hier in Versailles von der Abmachung zwischen den Zionisten und den Engländern.

Erst in Versailles erfuhren die Deutschen, warum Amerika in den Krieg eingetreten war. Die Deutschen erkannten, daß sie den Krieg nur deshalb verloren hatten, weil die Zionisten Palästina um jeden Preis für sich haben wollten. Zu allem Überfluß wurden die Deutschen auch noch mit irrsinnigen Reparationsforderungen konfrontiert. Als sie diese Zusammenhänge erkannten, nahmen sie es den Juden verständlicherweise sehr übel.

Bis dahin ging es den Juden in keinem Land der Welt besser als in Deutschland. Es gab Herrn Rathenau, der im Wirtschaftsleben Deutschlands sicherlich genauso einflußreich war wie Bernard Baruch in den USA. Es gab Herrn Balin, Besitzer der großen Reedereien Norddeutscher Lloyd und Hamburg-Amerika Linie. Es gab Herrn Bleichroder, der damals Bankier der Hohenzollern war. In Hamburg saßen die Warburgs, eine der einflußreichsten Bankiersfamilien der Welt. Keine Frage, den Juden ging es damals sehr gut in Deutschland. Doch die Deutschen empfanden es als einen schändlichen Verrat, daß die Juden hinter ihrem Rücken dafür sorgten, daß die USA gegen Deutschland in den Krieg eintraten.

Die Deutschen waren bis dahin den Juden gegenüber sehr tolerant. Als 1905 die erste kommunistische Revolution in Rußland scheiterte und die Juden aus Rußland fliehen mußten, gingen sie alle nach Deutschland. Deutschland bot ihnen allen eine sichere Zuflucht. Sie wurden sehr gut behandelt. Doch sie haben Deutschland verraten und verkauft, und zwar aus einem einzigen Grund: Sie wollten Palästina als ihre Heimstätte haben.

Kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges räumte der Zionistenführer Nahum Sokolow ein, daß der Antisemitismus in Deutschland daher rührte, daß die Juden den Kriegseintritt der USA herbeiführten, was letztendlich zur Niederlage Deutschlands führte. Auch viele andere Zionisten gaben dies offen zu. Von 1919 bis 1923 schrieben sie es für jedermann nachlesbar immer wieder in ihren Zeitungen.

Es war nicht so, daß die Deutschen 1919 plötzlich feststellten, daß jüdisches Blut besser schmeckt als Coca-Cola oder Münchner Bier. Es gab keine Anfeindungen nur weil die Juden einen anderen Glauben hatten. Damals interessierte sich in Deutschland niemand dafür, ob ein Jude abends nach Hause ging und "Shema Yisroel" oder das "Vaterunser" betete - nicht mehr und nicht weniger als hier in den USA. Der Antisemitismus, der später hochkam, war einzig und alleine darauf zurückzuführen, daß die Deutschen den Juden die Schuld für den verlorenen Krieg gaben.

Die Deutschen waren nicht Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Ihre einzige Schuld war es, erfolgreich zu sein. Sie bauten ihre Marine aus. Sie bauten ihre Handelsbeziehungen mit der ganzen Welt aus.

3[3] Der Hinweis auf die Balfour-Erklärung wird nicht selten als Teil einer "rechten Verschwörungstheorie" abgetan. Es sei deshalb an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß in der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel vom 14. Mai. 1948 auf die Balfour-Erklärung explizit Bezug genommen wird. Nahum Goldmann, der Vorsitzende des Jüdischen Weltkongresses von seiner Gründung 1938 bis 1977, äußerte sich in diesem Zusammenhang wie folgt: "Zwei Kriege waren nötig, um Israel zu gründen. Der erste, um England zur Proklamation der Balfour-Deklaration zu veranlassen, der zweite, um die Vereinten Nationen zu dem Beschluß der Schaffung eines jüdischen Staates in einem Teil von Palästina zu bringen." Siehe: Nahum Goldmann, *Israel muß umdenken*, S 15

Sie müssen wissen, daß Deutschland noch zu Zeiten der Französischen Revolution aus über 300 Stadtstaaten, Grafschaften, Fürstentümern usw. bestand. Von der Zeit Napoleons bis zu der Zeit als Bismarck Kanzler war, also in nur 50 Jahren, wurde Deutschland zu einem einzigen Staat und zu einer der wichtigsten Weltmächte. Die deutsche Marine wurde fast so mächtig wie die britische. Die Deutschen unterhielten Handelsbeziehungen mit der ganzen Welt. Sie waren in der Lage, qualitativ hochwertige Produkte zu absolut konkurrenzlosen Preisen anzubieten.

Aus diesem Grund verschworen sich England, Frankreich und Rußland gegen Deutschland. Sie wollten Deutschland zerschlagen. Es gibt heute keinen Historiker, der einen anderen nachvollziehbaren Grund benennen könnte, warum diese drei Länder sonst beschlossen hätten, Deutschland von der politischen Landkarte zu tilgen.

Im Winter 1918/1919 versuchten die Kommunisten, die Macht in Deutschland an sich zu reißen. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und eine Gruppe weiterer Juden übernahmen für kurze Zeit die Regierung. Der Kaiser floh nach Holland, weil er befürchtete, ihm würde das gleiche Schicksal widerfahren wie kurz zuvor dem russischen Zaren.

Damals hatte Deutschland ca. 80 Millionen Einwohner, davon waren gerade mal 460.000 Juden. Obwohl der Bevölkerungsanteil der Juden bei gerade mal einem halben Prozent lag, beherrschten sie die Presse, das Finanzwesen und große Teile der Wirtschaft 4[4].

Als Antwort auf den Versuch der Deutschen, den ungeheueren Einfluß der Juden in Kultur, Wirtschaft, Finanzwesen und Presse einzudämmen, organisierte das Weltjudentum im Juli 1933 eine Konferenz in Amsterdam. Hier stellten sie Deutschland ein Ultimatum, in welchem sie verlangten, Hitler müsse als Reichskanzler abgesetzt werden. Die Antwort der Deutschen auf dieses Ultimatum können Sie sich vorstellen.

Nach Beendigung der Konferenz hielt der Leiter der amerikanischen Delegation, Samuel Untermyer, eine Rede, die in den gesamten USA über den Radiosender CBS ausgestrahlt wurde. Er sagte: "Die Juden der Welt erklären Deutschland den Krieg. Wir befinden uns in einem Heiligen Krieg gegen Deutschland. Wir rufen zu einem weltweiten Boykott gegen Deutschland auf. Dies wird sie vernichten, denn sie sind von ihrem Außenhandel abhängig."

Dazu muß man wissen, daß Deutschland damals zwei Drittel seines Lebensmittelbedarfs importieren mußte. Und es konnte nur importiert werden, wenn im Gegenzug etwas anderes exportiert wurde. Wenn Deutschland nichts exportieren konnte, mußten zwei Drittel der deutschen Bevölkerung Hunger leiden.

In dieser Erklärung, sie wurde in der New York Times vom 7. August 1933 veröffentlicht, gab Samuel Untermyer bekannt, daß dieser Boykott Amerikas Mittel der Selbstverteidigung sei. Präsident Roosevelt hat dem Boykott im Rahmen der National Recovery Administration offiziell zugestimmt. Obwohl der Oberste Gerichtshof diesen Boykott gegen Deutschland für verfassungswidrig erklärte, hielten die Juden daran fest. Der Handelsboykott gegen deutsche Produkte war so effektiv, daß sie in Kaufhäusern keinen einzigen Artikel mit dem Aufdruck "Made in Germany" mehr finden konnten. Ein Mitarbeiter von Woolworth erzählte mir, daß Geschirr im Wert von mehreren Millionen Dollar weggeworfen werden mußte, weil sonst ihr Kaufhaus boykottiert worden wäre. Falls ein Kunde einen Artikel aus Deutschland fand, gab es umgehend Demonstrationen und Sit-Ins vor den Geschäften mit Transparenten, auf denen "Nazis" oder "Mörder" stand.

In einem Laden der R.H. Macy-Kette, deren Eigentümer die jüdische Familie Strauss war, fand eine Kundin Damenstrümpfe aus Chemnitz, die dort seit gut 20 Jahren verkauft wurden. Ich selbst sah die Demonstration vor Macy. Es waren Hunderte von Leuten mit Schildern wie "Mörder" und "Nazis".

Bis dahin wurde keinem Juden in Deutschland auch nur ein Haar gekrümmt. Die Juden hatten nichts zu erleiden, mußten nicht hungern, wurden nicht angegriffen oder umgebracht. Doch natürlich fragten

4[4] Ergänzend sei hier erwähnt, daß um 1933 der Anteil der Juden auch in folgenden Berufen überproportional hoch war: Kassenärzte - 52%, Rechtsanwälte - 48%, Notare - 56%. Und dies, wohlgemerkt, bei einem jüdischen Bevölkerungsanteil von weit unter 1%! (s. Gregor Schwarz-Bostunitsch, *Jüdischer Imperialismus*)

sich die Deutschen: "Wer sind diese Leute, die unser Land boykottieren, unsere Menschen in die Arbeitslosigkeit stürzen und unsere Wirtschaft zum Erliegen bringen?" Natürlich nahmen sie es den Juden übel. Als Reaktion auf den von den Juden organisierten internationalen Handelsboykott wurden nun in Deutschland jüdische Geschäfte boykottiert. Warum sollte ein Deutscher sein Geld in ein Geschäft bringen, dessen Besitzer einen Boykott gegen Deutschland unterstützt und mit dafür verantwortlich ist, daß das deutsche Volk hungern muß? Die Vorstellung, daß die Juden den Deutschen vorschreiben wollten, wen sie zu ihrem Kanzler zu wählen haben, war einfach lächerlich.

Erst 1938, als ein junger polnischer Jude in Paris einen deutschen Konsularbeamten erschoss, wurde die Lage für die Juden in Deutschland ernst. In der "Reichskristallnacht" wurden Schaufensterscheiben eingeschlagen und es gab erste Tötlichkeiten gegen Juden.

Die Ursache für den aufkeimenden Antisemitismus der Deutschen liegt darin begründet, daß sie die Juden verantwortlich machten für: Erstens, den Ersten Weltkrieg, zweitens, den weltweiten Boykott deutscher Waren und drittens, für den sich abzeichnenden Zweiten Weltkrieg. Denn so wie die Dinge standen, war es unvermeidlich, daß es zu einer ernststen Auseinandersetzung zwischen dem

Weltjudentum und Deutschland kommen würde.

Im November 1933 haben die USA die Sowjetunion anerkannt. Die Sowjetunion wurde sehr mächtig. Die Deutschen erkannten, daß sie von der Sowjetunion ernsthaft bedroht waren, falls sie nicht ebenfalls aufrüsten würden. Aus diesem Grund hat Deutschland damals wieder aufgerüstet.

Heute gibt die Regierung der USA 83 bis 84 Milliarden Dollar pro Jahr für Verteidigung aus. Verteidigung gegen wen? Es ist die Verteidigung gegen die etwa 40.000 Juden 5[5], die erst in Rußland die Macht an sich gerissen hatten und nachher mit List und Tücke in vielen anderen Staaten der Welt ähnlich verfahren sind.

Wir befinden uns an der Schwelle zum Dritten Weltkrieg. Diesen Krieg kann niemand gewinnen. Wenn wir heute einen Krieg vom Zaun brechen, könnte daraus sehr schnell ein Atomkrieg werden. Dieser Fall wird eintreten, wenn der dritte Akt dieses Schauspiels beginnt. Akt 1 war der Erste Weltkrieg, Akt 2 der Zweite Weltkrieg, Akt 3 wird der Dritte Weltkrieg sein. Die Juden dieser Welt sind fest entschlossen, die USA abermals dazu zu bringen, für Israel in den Krieg zu ziehen.

Wie sollten wir uns verhalten? Sie könnten das Leben Ihres eigenen Sohnes retten. Ihre Jungs könnten noch heute Nacht in diesen Krieg geschickt werden. Über die Hintergründe wissen viele heute genauso wenig wie damals, 1916 als die Zionisten mit dem britischen Kriegsministerium eine geheime Abmachung trafen, die Söhne Amerikas nach Europa in den Krieg zu schicken. Kein Mensch wußte etwas über diese Abmachung. Wer wußte Bescheid? Präsident Wilson wußte es. Colonel House wußte es. Einige andere Eingeweihte wußten es. Habe ich es gewußt? Ich hatte eine ziemlich gute Ahnung davon, was da vor sich ging. Ich war Vertrauensmann von Henry Morgenthau, dem Vorsitzenden des Finanzausschusses. Außerdem war ich der Verbindungsmann zwischen ihm und dem Schatzmeister Rollo Wells.

Ich war in all den Sitzungen anwesend, als sie Präsident Wilson mit den Ideen der zionistischen Bewegung indoktrinierten. Präsident Woodrow Wilson war so inkompetent wie ein neugeborenes Baby, er hatte keine Ahnung, was vor sich ging. Und so trieben die Zionisten die USA in den Ersten Weltkrieg, während wir alle schliefen.

Sie schickten unsere Jungs als Kanonenfutter nach Europa. Warum? Nur damit die Juden Palästina als ihre Heimstätte bekommen konnten. Sie haben Euch so sehr zum Narren gehalten, daß Ihr nicht mehr wißt, ob Ihr gerade kommt oder gerade geht!

Was wissen wir über die Juden? Ich nenne sie hier Juden, weil man sie allgemein so bezeichnet. Ich nenne sie nicht Juden, sondern "sogenannte Juden", weil ich weiß, wer sie in Wahrheit sind. Über 90 % derjenigen, die sich Juden nennen, sind Abkömmlinge der Ostjuden, also der Khasaren.6[6]

5[5] Daß der Bolschewismus in seinen Anfängen eine fast ausschließlich jüdische Bewegung war, ist heute bestens belegt. Siehe auch: Johannes Rogalla von Bieberstein, *Jüdischer Bolschewismus* sowie Alexander Solschenizyn, *Die Juden in der Sowjetunion*

6[6] Siehe auch: Arthur Koestler, *Der dreizehnte Stamm - Das Reich der Khasaren und sein Erbe*

Die Khasaren waren ein kriegerischer Stamm, der in Zentralasien lebte. Sie waren so kriegslüsternd, daß sie letztendlich von Zentralasien in Richtung Osteuropa vertrieben wurden, wo sie ein Königreich von einer Größe von 800.000 Quadratmeilen gründeten.

Der König der Khasaren war von der verkommenen Lebensweise seines Volkes so angewidert, daß er entschied, sein Volk müsse einen monotheistischen Glauben annehmen. Durch ein Los wurde zwischen dem Christentum, dem Islam und dem Judentum entschieden. Das Los fiel auf das Judentum und so wurde der Judentum die Staatsreligion der Khasaren. Der König der Khasaren

holte Tausende von jüdischen Religionsgelehrten von den Talmudschulen aus Pumbedita und Sura in sein Reich. Synagogen und Schulen wurden gegründet und sein Volk wurde das, was wir heute Juden nennen. Doch kein einziger Khasare hatte auch nur mit einer Zehenspitze das heilige Land jemals betreten.

Dennoch kommen diese Leute zu den Christen und bitten um Militärhilfe für Israel, indem sie sagen: "Ihr wollt doch sicherlich dem Auserwählten Volk helfen, ihr Gelobtes Land, ihre angestammte Heimat zurückzuerobern. Es ist eure Pflicht als Christen. Wir gaben euch einen unserer Söhne als euren Herrn und Erlöser. Ihr geht Sonntags in die Kirche, kniet nieder und betet zu einem Juden. Nun, wir sind Juden!"

Aber sie sind nichts weiter als heidnische Khasaren, die zum Judentum konvertierten, wie die Iren, die zum Christentum konvertierten. Es ist genauso lächerlich, sie als das Volk Israels zu bezeichnen, wie es lächerlich wäre, die 54 Millionen Chinesen moslemischen Glaubens als Araber zu bezeichnen.

Weil die Juden die Zeitungen, das Radio, das Fernsehen und die großen Buchverlage kontrollieren, und weil unsere Politiker und Pfarrer ihre Sprache sprechen, ist es nicht überraschend, daß ihre Lügen allgemein geglaubt werden. Viele würden auch glauben, schwarz sei weiß, wenn man es ihnen nur oft genug sagt.

Wissen Sie, was die Juden an ihrem heiligsten Feiertag, am Tag der Versöhnung (Jom Kippur), machen? Ich war einer von ihnen, ich sollte es wissen! Ich bin nicht hier, um Ihnen irgendeinen Schwachsinn zu erzählen. Ich gebe Ihnen die Fakten! Also: Am Tag der Versöhnung geht man in eine Synagoge. Das erste Gebet spricht man im Stehen. Es ist das einzige Gebet, für welches man sich erhebt.

Das Gebet "Kol Nidre" wird drei Mal hintereinander gesprochen. In diesem Gebet schließt man ein Abkommen mit Gott, daß jedes Versprechen das man in den nächsten zwölf Monaten gegenüber einem Nichtjuden macht, null und nichtig ist 7[7]. Der Talmud lehrt auch, daß, wann immer man ein Versprechen abgibt, an dieses Gebet denken soll. Dann wird man seine Versprechen nicht einhalten müssen.

Kann man sich auf die Loyalität solcher Leute verlassen? Wir können uns genauso auf die Loyalität der Juden verlassen wie die Deutschen 1916. Wir (die USA) werden das gleiche Schicksal erleiden wie Deutschland, und zwar aus denselben Gründen.«

Fußnoten: 8[1] John Mearsheimer und Stephen Walt, *The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy*, Harvard University, Kennedy School of Government, Faculty Research Working Papers Series, RWP06-011, März 2006, http://www.lrb.co.uk/v28/n06/mear01_.html

9[2] Die Titulierung dieser Länder als "Achse des Bösen" durch George Bush geht auf seinen jüdischen, "neokonservativen" Redenschreiber David Frum zurück.

7[7] Mehr Informationen zur weniger bekannten Seite JUDAISMUS finden Sie u.a. hier: www.abbc.net/talmud/ger/talmud.htm

10[1] John Mearsheimer und Stephen Walt, *The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy*, Harvard University, Kennedy School of Government, Faculty Research Working Papers Series, RWP06-011, März 2006, http://www.lrb.co.uk/v28/n06/mear01_.html

<https://www.lrb.co.uk/v28/n06/john-mearsheimer/the-israel-lobby>

11[2] Die Titulierung dieser Länder als "Achse des Bösen" durch George Busch geht auf seinen jüdischen, "neokonservativen" Redenschreiber David Frum zurück. 123] Der Hinweis auf die Balfour-Erklärung wird nicht selten als Teil einer "rechten Verschwörungstheorie" abgetan. Es sei deshalb an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß in der Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel vom 14. Mai. 1948 auf die Balfour-Erklärung explizit Bezug genommen wird. Nahum Goldmann, der Vorsitzende des Jüdischen Weltkongresses von seiner Gründung 1938 bis 1977, äußerte sich in diesem Zusammenhang wie folgt: "Zwei Kriege waren nötig, um Israel zu gründen. Der erste, um England zur Proklamation der Balfour-Deklaration zu veranlassen, der zweite, um die Vereinten Nationen zu dem Beschluß der Schaffung eines jüdischen Staates in einem Teil von Palästina zu bringen." Siehe: Nahum Goldmann, *Israel muß umdenken*, S 15

13[4] Ergänzend sei hier erwähnt, daß um 1933 der Anteil der Juden auch in folgenden Berufen überproportional hoch war: Kassenärzte - 52%, Rechtsanwälte - 48%, Notare - 56%. Und dies, wohlgemerkt, bei einem jüdischen Bevölkerungsanteil von weit unter 1%! (s. Gregor Schwarz-Bostunitsch, *Jüdischer Imperialismus*)

14[5] Daß der Bolschewismus in seinen Anfängen eine fast ausschließlich jüdische Bewegung war, ist heute bestens belegt. Siehe auch: Johannes Rogalla von Bieberstein, *Jüdischer Bolschewismus* sowie Alexander Solschenizyn, *Die Juden in der Sowjetunion*

15[6] Siehe auch: Arthur Koestler, *Der dreizehnte Stamm - Das Reich der Khasaren und sein Erbe*

16[7] Mehr Informationen zur weniger bekannten Seite Judaismus finden Sie u.a. hier:
www.abbc.net/talmud/ger/talmud.htm


Quelle: <http://www.angelfire.com/ar3/myimages/freedman.htm>

Weitere wichtige Quellen, bei der Suche "Stasi und die Juden"
<http://www.hagalil.com/2014/11/juden-in-der-ddr/>

[Stasi-Wurzeln der jüdischen Elite](#)

Zitat aus dem vorangegangenen Bericht:

Wie so viele jüdische Führer in Europa heutzutage äußert Kahane ziemlich dreist ihren Wunsch nach der Zerstörung des weißen Europa. „Man muß die Einwanderungspolitik in Europa wirklich ändern. Dies ist sehr wichtig; Man muß das Bildungssystem und das Selbstverständnis der Staaten ändern. Sie sind nicht mehr nur weiß oder nur schwedisch oder nur portugiesisch oder nur deutsch. Sie sind multikulturelle Orte in der Welt.“

Es war ihre Gründung einer Organisation namens **Amadeu Antonio Stiftung** im Jahr 1998, die ihr Sprungbrett zum Ruhm gewesen ist. Diese gut finanzierte Truppe zielt darauf ab, jeden weißen Widerstand gegen die Einwanderung als  „neonazistisch“ anzuschwärzen, und arbeitet zu diesem Zweck eng mit Magazinen wie *Stern* und *Die Welt* zusammen. Nach dem Vorbild der **Stephen-Lawrence-Kampagne** im Vereinigten Königreich geschaffen, erhält sie großzügig Mittel von der deutschen Regierung, der EU und einer Schar internationaler NGOs einschließlich der Ford Foundation.

Ihre Arbeit hat ihr eine große Bekanntheit eingebracht, und die Medien treten häufig wegen ihrer Ansichten an sie heran. Sie kommt dem gerne nach. Außer vielleicht, wenn es um eine Sache geht.

Dies ist ihre Rolle als Kollaborateurin für die Stasi, das DDR-Ministerium für Staatssicherheit, zwischen 1974

und 1982. Ab dem Alter von neunzehn war Kahane – Deckname „Victoria“ – eine enthusiastische Informantin oder inoffizielle Mitarbeiterin (IM) und lieferte monatliche Geheimberichte über die politische Zuverlässigkeit Dutzender Mitstudenten, Journalisten, Schauspieler und Schriftsteller, unter die sie sich mischte.

Zu Karl Marx https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Marx

Karl, laut [Geburtsurkunde](#) Carl Marx war das dritte von neun Kindern des Anwalts [Heinrich \(Heschel\) Marx](#) (1777-1838) und seiner Frau [Henriette](#), geborene Presburg. Heinrich Marx entstammte sowohl väterlicher- als auch mütterlicherseits bedeutenden [Rabbinerfamilien](#).

Zionismus, Aschkenasim, Juden, Mizrachim, ISRAEL und wie ein Volk erschaffen wird

Das wahre Wissen ist nicht zu vergleichen mit dem Wissen, was man uns Deutschen beibrachte, allerdings bleibt auch nichts verborgen. Eine bekannte Frau sagte einmal: **“Die Existenz ISRAEL steht im direkten Zusammenhang mit der Existenz der BRD“**

Es macht Sinn zu wissen, was hinter dieser Aussage steckt, denn immerhin wurde ISRAEL auf dem Rücken der Deutschen erschaffen und mit Aussagen die bis heute nicht bewiesen werden konnten, wie z.B. der sogenannte Holocaust der nur gegen die Juden gerichtet sein sollte

Folgendes sollte man auch kennen:

Rosa Luxemburg war eine Aschkenasim-Jüdin.

Dieses noch mehr lesen Sie unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Rosa_Luxemburg

Zionismus: <https://de.wikipedia.org/wiki/Zionismus>

Zionistische Vereinigung für Deutsch(land):

https://de.wikipedia.org/wiki/Zionistische_Vereinigung_f%C3%BCr_Deutschland

Aschkenasim: <https://de.wikipedia.org/wiki/Aschkenasim>

Chasaren: <https://de.wikipedia.org/wiki/Chasaren>

Friedrich-Ebert-Stiftung: <https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich-Ebert-Stiftung>

Zentralrat der Juden: https://de.wikipedia.org/wiki/Zentralrat_der_Juden_in_Deutschland

gelesen: <http://www.rosalux.org.il/die-mizrachim/>

Zwischen Ost und West – Die Mizrachim “Orientale” Juden machen etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung in Israel aus – werden von den Machtzentren im Land häufig ausgeschlossen. Welche Rolle spielt die Mizrachi-Identität immer noch in der Politik?

Zvi Ben-Dor Benite

I.

Eine der wichtigsten sozialen Fragen in Israel ist die Tatsache, dass es Mizrachim^[1] („Orientale“) gibt. Mizrachim – eine Art Codewort für die Zugehörigkeit von Menschen zu irgendeiner vermeintlichen orientalischen Welt – machen etwa die Hälfte der Bevölkerung aus, die der israelische Staat als jüdisch definiert, und lange Zeit stellten sie die Mehrheit.^[2] Die Existenz einer Gruppe von Menschen, die als Mizrachim identifiziert werden, ist schon an und für sich eine interessante und wichtige Anomalie. Die zionistische Ideologie vertrat von Anfang an zwei wesentliche Prinzipien: Erstens sind die Juden ein Volk und werden es auch immer bleiben. Zweitens: Die jüdischen Menschen, die nach Israel kommen, werden zu „neuen Jüdinnen und Juden“ oder Israelis. Das heißt, sie streifen ihre frühere Identität ab und entwickeln eine neue einheitliche Identität, eine israelische oder zionistische. Das erste Prinzip bedarf keiner weiteren Erläuterung. Zwar gab es seit Beginn der Neuzeit unter jüdischen Denkern scharfe Auseinandersetzungen über die Frage, ob die Juden ein Volk sind, aber nur wenige bestritten tatsächlich, dass sie es sind. Auch die Mizrachim in Israel akzeptieren den Grundsatz, dass alle Jüdinnen und Juden zu einem Volk gehören und damit auch zu einer Nation.

Beim zweiten Prinzip verhält es sich anders, und dies ist für die Frage der Mizrachim von Bedeutung. In der zionistischen Rhetorik der israelischen Führungselite kommt immer wieder die feste Erwartung zum Ausdruck, dass die aus der ganzen Welt nach Israel kommenden Jüdinnen und Juden ihre verschiedenen kulturellen Prägungen und Vergangenheiten hinter sich lassen und sich in eine einheitliche Gemeinschaft von Israelis oder neuen zionistischen Juden/Jüdinnen verwandeln. Hier soll nur ein recht eklatantes Beispiel angeführt werden: In einem Interview mit dem *Life Magazine* im Jahr 1957 erklärte Ben-Gurion, dass die israelische Armee aus dem Irak, aus Kurdistan, Marokko und anderen Ländern kommende „arabische Wilde“ rekrutiere und diese die Armee später als „Israelis“ verließen.^[3] Der Zionismus verstand sich immer als kulturell revolutionäre Bewegung, die jüdische Menschen verändert und sie einheitlich in neue Jüdinnen und Juden verwandelt. Es ist überflüssig zu erklären, warum diese Rhetorik für eine Gesellschaft, die sich mit ihrer Umgebung im ständigen Konflikt befindet, sehr wichtig ist. Einheitlichkeit bedeutet Einheit.

Darüber hinaus ist die einheitliche jüdische Gesellschaft, die in Israel entstehen soll(te), explizit eine westliche beziehungsweise europäische. Alle Gründerväter des Zionismus und alle führenden Persönlichkeiten in Israel haben stets betont, dass die israelische Gesellschaft eine westliche sei, mit europäischen kulturellen Normen. Es handelt sich hierbei natürlich um mehr als nur theoretische Überlegungen. Diese Konzeption wurde und wird in Israel verwirklicht, und zwar nicht nur in der Armee, sondern etwa auch im staatlichen Bildungssystem. Demnach ist die Existenz einer Gruppe von Menschen, die sich selbst als Mizrachim definieren, ein deutliches Zeichen dafür, dass etwas grundlegend schiefgegangen ist oder sich anders, als von den Gründervätern der neuen israelischen Nation geplant, entwickelt hat. Um zu verstehen, warum sich ein recht großer Teil der jüdischen Bevölkerung Israels selbst in der dritten und vierten Generation anders begreift, als von den Gründervätern der zionistischen Bewegung und ihrer Nachfolger vorgesehen, bedarf es eines mehrdimensionalen Erklärungsansatzes. Im Folgenden werden die wichtigsten Aspekte vorgestellt und erörtert.

Wer sind die Mizrachim? Es ist fraglos schwierig, klar zu sagen, wer die Mizrachim sind. Zum einen weiß jede und jeder in Israel sofort, wer ein Mizrachi ist. Zum anderen ist eine eindeutige Definition der Mizrachim unmöglich. Wenn wir im heutigen Hebräisch den Begriff Mizrachim verwenden, meinen wir im Allgemeinen alle aus Asien und Afrika nach Israel eingewanderten Jüdinnen und Juden und ihre Nachkommen. „Aus Asien und Afrika Stammende“ ist auch die offizielle Definition des israelischen Zentralamts für Statistik. Im Gegensatz dazu werden aus Europa stammende Menschen im israelischen Hebräisch Aschkenasim genannt. (Im Mittelalter war Aschkenas der

hebräische Begriff für Südfrankreich und Süddeutschland und die Juden, die dort lebten, wurden Aschkenasim genannt. Im Laufe der Zeit wurde dies zur allgemeinen Bezeichnung von Juden in Europa). Die Definition von Mizrachim als „aus Asien und Afrika Stammende“ ist die umfassendste und wahrscheinlich auch beste, weil alle anderen Versuche, diese Bevölkerungsgruppe zu definieren, problematisch sind.

Das beginnt mit simpler Geografie: Ein großer Teil der Mizrachim kommt aus Ländern, die geografisch gesehen westlich von Israel liegen. Marokkanische, tunesische und algerische Jüdinnen und Juden sind mit einer Region verbunden, die auf Arabisch Maghreb (Westen) heißt. Mit anderen Worten: Es handelt sich hierbei überhaupt nicht um den Osten oder den Orient. Darüber hinaus gibt es bulgarische oder türkische Jüdinnen und Juden, die sich als Mizrachim definieren, obwohl sie aus Gegenden kommen, die geografisch zu Europa gehören. Zudem ist es auch sehr schwierig, aus Äthiopien stammende Israelis einzuordnen. Sie kommen zwar aus Afrika, aber nicht aus dem arabischen „weißen“ Nordafrika, aus dem viele der Mizrachim stammen.

Eine kulturbezogene Definition birgt auch ihre Schwierigkeiten. Die überwältigende Mehrheit der Mizrachim kommt aus arabischen Ländern (Marokko, Ägypten, Irak, Libyen, Libanon, Syrien, Jemen usw.). Es gibt aber auch kurdische, persische, türkische und andere Jüdinnen und Juden, deren Kultur und Sprache nicht arabisch ist. Darüber hinaus trifft es zwar zu, dass die meisten Mizrachim aus muslimisch geprägten Ländern nach Israel kamen, aber auch dies ist nicht immer der Fall. Menschen aus Indien und Georgien zum Beispiel zählen ebenfalls zu den Mizrachim.

Der Versuch, die Mizrachim unter Bezugnahme auf die jüdische religiöse Tradition zu definieren, ist genauso problematisch. Mitunter wird gesagt, dass alle Mizrachim die „sephardische“ halachische Tradition (im Gegensatz zur aschkenasischen, die sich in Europa entwickelt hat) teilen. Auf den ersten Blick scheint diese Aussage richtig, aber auch sie ist höchst problematisch. Jede Gruppe unter den Mizrachim versucht, mit mehr oder minder großem Eifer ihre eigenen religiösen Rituale und Praktiken zu bewahren. Der Versuch des Staats, alle Mizrachim an einen religiösen Rahmen zu binden, ist letztendlich gescheitert. Jede/r liebt ihren/seinen Rabbiner und ihre/seine eigenen Gebräuche. Außerdem sollte nicht vergessen werden, dass es viele Mizrachim gibt, die säkular sind oder die religiösen Gesetze nicht wirklich einhalten.

Schließlich gibt es zumindest seit den 1970er Jahren den Versuch, Mizrachim mit Bezugnahme auf ihre soziale Klasse zu definieren. Schon seit der Gründung des Staates Israel gehören Mizrachim zu den unteren sozialen Schichten. Nach offiziellen Statistiken liegt das Durchschnittseinkommen von Mizrachim zwischen 20 und 40 Prozent unter dem von Aschkenasim. Mizrachim haben oft eine schlechtere Schul- und Berufsausbildung als Aschkenasim, und die Mehrheit derjenigen, die in den Randgebieten Israels leben, sind Mizrachim. Aber auch hier sollten die Unterschiede nicht absolut gesetzt werden. Es gibt auch viele Nicht-Mizrachim, die zu den unteren sozialen Schichten gehören, und es finden sich auch Mizrachim in den obersten Schichten.

Statt einer Definition können hier die folgenden Informationen über die Mizrachim festgehalten werden: Ein Teil von ihnen kommt aus östlich gelegenen Gebieten, aber auf etwa die Hälfte von ihnen trifft das nicht zu. Mit wenigen Ausnahmen stammen sie alle aus asiatischen und afrikanischen Ländern. Ein Großteil von ihnen kommt aus arabischen Ländern, aber es gibt auch viele, bei denen dies nicht der Fall ist. Fast alle stammen aus dem muslimischen Kulturraum, aber es gibt auch einige Ausnahmen. Fast alle gehören in einer oder anderen Form der sephardischen religiösen Tradition an, aber es ist unklar, wie genau; und es ist unklar, was diese Tradition überhaupt ist. Ein großer Teil der Mizrachim gehört zu den unteren sozialen Schichten, aber nicht alle.

Die hier dargestellten Schwierigkeiten helfen, den grundlegenden Punkt in der Definition der

Mizrachim zu verstehen. Vielleicht vermutet der eine oder die andere LeserIn bereits, dass es hier eine verdeckte Differenz gibt zwischen dem, was als Geschichte des Zionismus und Israels präsentiert wird, und dem Selbstverständnis des Kollektivs, das wir Mizrachim nennen. Mit anderen Worten: Wenn es Israel nicht gäbe, würden sie sich auf verschiedene Weisen definieren: als Asiat*innen, Nordafrikaner*innen, Sephardim, Iraker*innen, Kurd*innen usw., aber nicht als Mizrachim. Es ist deshalb zu betonen: Die Mizrachim sind eine israelisch-jüdische Gruppe, die in Israel entstanden ist, in der israelischen Realität, als Folge von spezifischen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen und religiösen Entwicklungen. Diese Gruppe zieht es aus verschiedenen Gründen vor, sich als „Mizrachi“ („orientalisch“) zu bezeichnen. Deshalb ist es auch schwierig, ihr klare ethnische oder kulturelle Merkmale zuzuordnen, obwohl es durchaus weitgehende kulturelle Überlappungen zwischen den meisten ihrer Untergruppen gibt.

Die „Operation Fliegender Teppich“, Transport von etwa 49.000 jemenitischen Juden und Jüdinnen nach Israel, 1949. (Foto: GPO)

II.

Der Ursprung des „Mizrachi-Seins“ (oder „Orientalisch-Seins“) im wörtlichen Sinne liegt eigentlich in der Art und Weise, wie die Gründerväter des Zionismus die Welt in „West“ und „Ost“ (Orient) einteilten. Wie erwähnt, begriffen sie den Zionismus als eine europäische Bewegung und die neuen Juden und Jüdinnen, die sie schaffen wollten, als westliche Menschen. Mit dem „Orient“ war für sie wie für viele Europäer*innen am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts etwas Barbarisches und Wildes verbunden, der „Orient“ gehörte zu Asien. Der erwähnten Darstellung Ben-Gurions aus dem Jahr 1957 lässt sich noch Theodor Herzls berühmte Bemerkung von Ende des 19. Jahrhunderts hinzufügen: „Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Cultur gegen die Barbarei besorgen“.[4] Dementsprechend wurden alle Jüdinnen und Juden, die nicht in europäischen Ländern lebten, als Teil ebenjener orientalischen Welt gesehen. Als Juden und Jüdinnen waren sie zumindest in der Theorie ein Teil der jüdischen Nation und des zionistischen Projekts, obwohl in den Anfängen des Zionismus keine wirkliche Absicht bestand, sie nach Palästina zu bringen. Als Mizrachim im Sinne von Orientalen wurden sie als Menschen gesehen, deren Verwandlung in „neue Jüdinnen und Juden“ auch die Komponente ihrer Umwandlung in westliche Menschen umfasst.

So kam es, dass alle, die aus Asien und Afrika nach Israel und davor in den zionistischen Jischuw in Palästina kamen, von vornherein als Mizrachim betrachtet wurden, auch wenn sie sich selbst nicht als solche verstanden. Da die ganze Welt in Ost/Orient und West aufgeteilt war, sahen sich auch asiatische und nordafrikanische Jüdinnen und Juden als Mizrachim. Aber ihr Verständnis des Ostens/Orients war ganz anders als das der Gründerväter des Zionismus. Historiker*innen haben jüngst gezeigt, dass jüdische Intellektuelle aus Asien und Afrika, die sich mit dem Zionismus schon frühzeitig kritisch auseinandergesetzt hatten, sich selbst als Mizrachim begriffen. Sie erklärten sich mit dem zionistischen Hauptziel einverstanden, lehnten jedoch den inhärenten westlichen Ansatz ab und insbesondere die damit verbundene Einstellung gegenüber der arabischen, muslimischen und asiatischen Welt. In dieser kurzen Abhandlung ist es nicht möglich, auf alle Nuancen dieses kritischen Ansatzes einzugehen. Es lässt sich aber festhalten, dass diese Mizrachim damals nicht die Auffassung teilten, dass das zionistische Projekt das Ziel habe, einen westlichen Staat zu schaffen.

Im Folgenden konzentriere ich mich auf die aus arabischen Ländern stammenden Jüdinnen und Juden, die die größte Untergruppe der Mizrachim bilden.

Aus der europäischen orientalistischen Aufteilung der Welt in eine westliche und eine östliche ging

bereits im 19. Jahrhundert der Begriff hervor, mit dem sich die Mizrachim schließlich selbst bezeichnen sollten. Die Herausbildung dieser Gruppe erfolgte in einem langen historischen Prozess, dessen Wurzeln bis in die Anfänge des Zionismus zurückreichen, der aber vor allem eng mit der Geschichte des israelischen Staats verbunden ist. Wie bereits erwähnt, waren im „Orient“ lebende Jüdinnen und Juden in den Augen der Gründerväter des Zionismus keine geeigneten Kandidat*innen für die Einwanderung nach Palästina und den Aufbau des jüdischen Staats dort. Das zionistische Hauptaugenmerk lag auf den in Europa lebenden Juden und Jüdinnen. Nur sie hofften die Zionisten vor dem wachsenden Antisemitismus und Nationalismus zu retten; und nur sie verkörperten die europäische Zukunft des neuen Staates. Im „Orient“ lebende Juden und Jüdinnen waren also ursprünglich nicht die Zielgruppe des Zionismus, und konkrete Pläne, sie in den jüdischen Staat zu bringen, nahmen erst Gestalt an, als das Ausmaß der Katastrophe in Europa klar zu werden begann. In den arabischen und muslimischen Ländern gab es fast keine zionistischen Aktivitäten. Die zionistische Bewegung war in der Regel nicht darauf aus, Juden/Jüdinnen von dort nach Palästina zu holen. Generell kann gesagt werden, dass die Einstellung der zionistischen Bewegung gegenüber den im „Orient“ lebenden Jüdinnen und Juden, instrumentell war. Da sie als nicht zionistisch oder kulturell unterentwickelt galten, wurde ihre Einwanderung nach Palästina bzw. Israel nur gefördert, insofern dies den praktischen Erfordernissen des modernen jüdischen Staates entsprach.

Bis zur Gründung des Staates Israel lebten die Mizrachim, etwa eine Million Menschen, als mehr oder weniger tolerierte und mehr oder weniger integrierte religiöse Minderheiten in verschiedenen Ländern Nordafrikas oder des Nahen und Mittleren Ostens. Wie gesagt, gab es keine Bemühungen vonseiten der zionistischen Bewegung, ihre Einwanderung zu fördern. Es gab auch kaum Faktoren in den arabischen und muslimischen Gesellschaften, in denen sie lebten, die sie zur Auswanderung bewogen hätten. Die jüdische Bevölkerung in diesen Ländern war durch eine große Bandbreite an unterschiedlichen Sozialisations- und Integrationsformen gekennzeichnet: Einerseits gab es in allen arabischen Metropolen wie Bagdad, Kairo und Beirut eine Schicht von gebildeten säkularen Juden und Jüdinnen, die voll in das politische Leben des Landes integriert waren. Andererseits gab es in allen arabischen Ländern auch viele mehr traditionelle jüdische Bevölkerungsgruppen, die in separaten Vierteln lebten und nur in das wirtschaftliche Leben der sie umgebenden Gesellschaft integriert waren.

Die Situation änderte sich dramatisch nach der Verabschiedung der UNO-Resolution vom 29. November 1947, dem sogenannten Teilungsplan. Die zunehmende Gewalt in Palästina und die Gründung des jüdischen Staates (1948) inmitten des Konflikts mit den arabischen Welt setzten die jüdischen Bevölkerungen in diesen Ländern einem unerträglichen Druck aus. Über Nacht wurden sie zu Feinden der arabischen Welt, in der sie lebten, und zwangsweise zu Bürger*innen des jüdischen Staats, der als fremdes und bedrohliches Implantat in jener Welt empfunden wurde. *Andererseits brauchte der neue jüdische Staat nach dem Holocaust und der Ermordung von sechs Millionen Menschen* dringendst jüdische Einwanderer*innen zur Besiedlung des Landes und begann deshalb eine Reihe von Maßnahmen zu ergreifen, um die im „Orient“ lebenden Juden und Jüdinnen zur Einwanderung nach Israel zu bewegen. Dieser Druck von zwei Seiten führte dazu, dass die meisten Jüdinnen und Juden aus den arabischen Ländern innerhalb von zwei Jahrzehnten auswanderten. Zwischen 1949 und 1967 (in der Regel immer direkt nach einem der arabisch-israelischen Kriege, das heißt in den Jahren 1948, 1956 und 1967) verließen mehr als 90 Prozent der in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten lebenden Jüdinnen und Juden ihre Heimatländer und zogen nach Israel. Ein kleiner Prozentsatz, in der Regel ein Teil der Elite, entschied sich zu bleiben, und ein noch kleinerer Teil, auch hier die Elite, entschied, in die Metropolen der Imperien auszuwandern, die die Region beherrschten, insbesondere nach Paris und London. Aber die meisten kamen nach Israel. Auf die Bedeutung, die dieser dramatische Prozess für die Gesellschaften in der arabischen Welt hatte, kann hier nicht eingegangen werden. Aber es ist klar, dass der Weggang der Jüdinnen und Juden die Geschichte dieser Gesellschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts

mitunter entscheidend beeinflusst hat. Bis heute wird über die Umstände und die Bedeutung der Auswanderung dieser Jüdinnen und Juden kontrovers diskutiert, insbesondere in Anbetracht der palästinensischen Flüchtlingsfrage. Aber dies ist ein Thema für einen anderen Artikel.

III.

Die Einstellung der zionistischen Bewegung gegenüber den Mizrachim war wie gesagt von vornherein instrumentell. Sie wurden nicht als Menschen betrachtet, die zum Aufbau der neuen jüdischen Gesellschaft einen wertvollen Beitrag leisten würden. Ihre Einwanderung nach Israel war in erster Linie einer demografischen Notwendigkeit geschuldet. Der neue Staat brauchte jüdische Bürger*innen. Es ist wichtig, auf diese grundlegende instrumentelle Haltung hinzuweisen, da sie nicht nur großen Einfluss darauf hatte, wie die aus dem „Orient“ stammenden Jüdinnen und Juden nach Israel kamen und in die israelische Gesellschaft integriert wurden, sondern bis heute deren Leben und das ihrer Nachkommen weitgehend bestimmt. Sie fand Eingang in eine Politik, die von Mizrachim eine „Anpassung“ an das zionistische Modell des „neuen Juden“ verlangte, manchmal sogar mit gewaltsamen Mitteln. Diese Einstellung ist auch die Grundlage für die Entstehung der als Mizrachim bekannten Gruppe sowie ihrer sozialen Platzierung: am unteren Rand der jüdischen Gesellschaft, aber über den palästinensischen Bürger*innen Israels. In den letzten Jahren haben viele Studien gezeigt, dass diese rassistische Haltung gegenüber den aus Asien und Afrika stammenden Juden und Jüdinnen, die schon vor der Staatsgründung die zionistische Bewegung prägte, eine Reihe von Mechanismen und Institutionen hervorgebracht hat, die auf eine Segregation abzielten, sei es auf dem Arbeitsmarkt oder in den Siedlungsstrukturen, sei es im Bildungs-, Gesundheits- und Kulturwesen. Man/frau verweigerte den Mizrachim den Zugang zu zentralen Ressourcen und Einnahmequellen. Erst dieses System von diskriminierenden Institutionen und Praktiken ließ die große soziale Gruppe der Mizrachim entstehen und formt bis heute, selbst nach so vielen Jahren, ihre Identität.

Das erste Element in diesem mehrdimensionalen System ist die Gestaltung der Einwanderung nach Israel. Auch wenn es ihm nicht immer gelang, versuchte der israelische Staat, die Einwanderung der Mizrachim nach Israel streng zu kontrollieren. Dazu dienten unter anderem bilaterale Abkommen mit arabischen Staaten. Waren die Menschen erst einmal im Land, durften sie sich nicht einfach irgendwo niederlassen. Der israelische Staat bestimmte, wie die Neueinwanderer*innen zu leben hatten. Die Besiedlung des Landes war der leitende Grundsatz der Absorptionspolitik. Mizrachim, die in den 1950er Jahren nach Israel kamen, wurden beispielsweise in Durchgangslagern untergebracht, ihre Bewegungsfreiheit war weitgehend eingeschränkt. Diese Lager befanden sich in Galiläa und im Negev, also in Gebieten, die an Gegenden mit mehrheitlich palästinensischer Bevölkerung angrenzten, sowie in Gebieten entlang den neu geschaffenen Grenzen zum Libanon, zu Jordanien, Syrien und Ägypten. Es ging darum, dort eine jüdische Präsenz sicherzustellen. Auch in Jerusalem wurden Mizrachim gezielt in Teilen der Stadt angesiedelt, die an palästinensisch/jordanische Gebiete angrenzten. Diese Politik wurde auch nach 1967 fortgesetzt, mit ihr entstand die bis heute das Land prägende Zentrum-Peripherie-Struktur. Auch die Ansiedlung von Mizrachim in den zentralen Regionen des Landes folgte diesem Muster. In Haifa und Tel Aviv-Jaffa bestand die Tendenz, Mizrachim in ehemals palästinensischen Gebieten anzusiedeln, wie Wadi Salib und Wadi Nisnas in Haifa oder Manshiya und Abu Kabir in Tel Aviv-Jaffa, oder es wurden Armutsviertel statt Durchgangslager errichtet.

Die meisten Mizrachim, so das Ergebnis von Studien, mussten viele Jahre in den Lagern verbringen, bevor sie in dauerhafte Unterkünfte umziehen konnten, die entweder in den Randgebieten des Zentrums oder weit davon entfernt lagen. Im Gegensatz dazu betrug die Verweildauer von Migrant*innen aus Europa in den Übergangslagern im Durchschnitt ein halbes Jahr. Bereits in der staatlichen Ansiedlungspolitik fand eine Diskriminierung und Herabsetzung der Mizrachim

gegenüber den aschkenasischen Juden statt, die sich im Laufe der Jahre verfestigt hat und bis heute fortwirkt. Andererseits ermöglichte diese Politik, die Wohngebiete mit recht homogener Bevölkerung schuf, auch die spätere Herausbildung einer kollektiven Identität. So kamen Menschen aus Marokko, aus dem Irak oder dem Iran, Menschen, die zuvor in Städten gelebt hatten, und solche, die aus eher ländlichen Gegenden kamen, Menschen, unter denen es sehr große kulturelle Unterschiede gab, in den Armutsvierteln der Großstädte und in neuen Siedlungen in den israelischen Grenzgebieten zusammen und wurden zu Mizrachim.

Nach dem Krieg von 1967 änderte sich die israelische Siedlungspolitik in einigen Bereichen. In Jerusalem zum Beispiel wurden viele Mizrachim dazu gebracht, aus dem westlichen Teil der Stadt und den dort gelegenen ehemaligen Randgebieten in die großen Stadtviertel zu übersiedeln, die jenseits der Grünen Linie gebaut wurden. Daraufhin durchliefen die Viertel im westlichen Teil der Stadt einen beschleunigten Prozess der Gentrifizierung. Aufgrund der Anreize, die die israelische Regierung denjenigen bietet, die jenseits der Grünen Linie leben, zog es auch immer mehr Mizrachim aus anderen Teilen Israels in „nicht ideologische“ Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten. So entstanden dort Städte, wo inzwischen vor allem Mizrachim leben, wie zum Beispiel Ma'ale Adumim, östlich von Jerusalem, Richtung Jordantal.

Auch auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem ist den Mizrachim von Anfang an eine besondere Position zugewiesen worden. Die staatliche Politik drängte Mizrachim in Berufe mit einem hohen Anteil manueller Arbeit und mit in der Regel einer eher schlechten Bezahlung. Auch heute noch sind amtlichen Statistiken zufolge überproportional viele Mizrachim in Bereichen tätig, die große körperliche Anstrengungen verlangen. Sie verdienen im Durchschnitt deutlich weniger als Aschkenasim. Ihr Ausbildungsniveau ist oft niedriger, wodurch ihr sozialer Aufstieg verhindert wird. Im Allgemeinen lenkte die israelische Regierung die neu aus dem „Orient“ eingewanderten Arbeitskräfte bevorzugt in die Landwirtschaft - in winzige private Betriebe (im Gegensatz zu den Kibbuzim, die exklusive aschkenasische Siedlungsprojekte waren und es zu einem gewissen Grad immer noch sind) - und in die Industrie. Das Schulsystem war so ausgerichtet, dass es die Schüler*innen auf eine spätere Beschäftigung in Fabriken oder auf dem Bau vorbereitete. Das Gros der Industrieanlagen entstand damals in den Randgebieten Israels.

In der heutigen Ära, geprägt von Globalisierung und dem Übergang hin zu einer postindustriellen Gesellschaft, leiden viele Mizrachim unter der Schließung von Fabriken, die in andere Länder mit niedrigeren Lohnkosten verlegt werden. Viele haben Berufe gelernt, die heute nicht mehr benötigt werden. Viele konkurrieren zudem mit billigen Arbeitskräften, die aus verschiedenen asiatischen Ländern nach Israel importiert werden. Es ist jedoch auch bemerkenswert, dass nach dem Krieg von 1967, infolge dessen viele Palästinenser*innen aus den besetzten Gebieten als billige Arbeitskräfte zur Verfügung standen, der Lebensstandard vieler Mizrachim insbesondere in den Städten im Zentrum des Landes gestiegen ist. Eine beträchtliche Zahl von Mizrachim, die zuvor auf dem Bau, in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben oder als Mechaniker gearbeitet hatten, konnte deswegen sozial aufsteigen, weil sie zu Kleinunternehmern wurden und nun auch andere für sich arbeiten ließen. Diese Entwicklung führte zur Entstehung einer Mittelschicht unter den Mizrachim. Dabei sollte allerdings nicht vergessen werden, dass diese soziale Gruppe sich kulturell stark von den israelischen Eliten unterscheidet, auch bezüglich des Einkommens.

Ebenso wie die Geografie hat das System der sozialen Schichtung in Israel den Prozess der Identitätsbildung stark befördert. Dass die aus Algerien, Jemen, Ägypten und Indien eingewanderten Juden und Jüdinnen auf den Feldern und in den israelischen Industriebetrieben aufeinandertrafen und Seite an Seite arbeiteten, führte zu ihrem Selbstverständnis als Mizrachim.

Wie bereits erwähnt, war der Zionismus als eine kulturell-revolutionäre Bewegung darauf aus, einen „neuen Juden“ nach europäischem Muster hervorzubringen. Dies prägte das Bildungssystem und

alle Bereiche, die mit Fragen der Kultur zu tun haben. Der Kultur und Geschichte der Mizrachim werden in den offiziellen Schulbüchern in Israel vergleichsweise wenig Platz eingeräumt. Zudem ist ihre Darstellung in der Regel wenig vorteilhaft. Trotz vieler Auseinandersetzungen um eine andere kulturelle Repräsentation in den letzten Jahren und der Bemühungen verschiedener israelischer Regierungen, den Mizrachim einen prominenteren und angeseheneren Platz im israelischen Kulturbetrieb und in den Lehrbüchern zu verschaffen, wird immer noch sehr viel größeres Gewicht auf die Geschichte der europäischen Juden, auf die europäische Kultur und auf aschkenasische Künstler*innen und Kulturschaffende gelegt. So kam es im Jahr 2014 zu öffentlicher Empörung darüber, dass bei einer neuen Banknotenserie, die Dichter*innen gewidmet ist, nicht ein einziger Geldschein mit dem Porträt eines Dichters bzw. einer Dichterin aus dem Kreis der Mizrachim versehen wurde. Zudem gelten Mizrachim in der Regel als traditioneller und religiöser als Aschkenasim (was wohl nicht der Fall ist) und somit als weniger fortschrittlich.

Erfahrungen mit systematischer gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung und Reduzierung auf ein religiöses Stereotyp sind zentraler Bestandteil des Bewusstseins von Mizrachim in Israel und fördern die Bereitschaft zu gegenseitiger Solidarität, trotz aller politischen und sozialen Unterschiede.

IV.

Der Ausschluss der Mizrachim von den Zentren der Macht in Israel spiegelt sich auch sehr deutlich in der Knesset und in der Regierung wider. Bis heute waren alle Premierminister in Israel aschkenasisch. In der Regel finden sich auch nur sehr wenige Mizrachim unter den Minister*innen. Nie war ein Mizrachi (und schon gar keine Mizrachit) Vorsitzender des Likuds, der regierenden Partei. Zwei Mizrachim waren bisher Vorsitzende der Arbeitspartei, aber nur für kurze Zeit, und dies wird eher als Zufall gewertet. Dennoch gilt es hervorzuheben, dass sich Mizrachim intensiv am politischen Leben in Israel beteiligen. Sie werden oft als entschiedenere Falken wahrgenommen, vor allem seit dem Regierungswechsel 1977, als der Likud die Arbeitspartei ablöste. Der Likud unter der Führung von Menachem Begin nutzte die Feindseligkeit vieler Mizrachim gegenüber der Arbeitspartei aus (und tut dies immer noch), denn schließlich hat diese den israelischen Staat aufgebaut und damit auch die Mechanismen der Ausgrenzung der Mizrachim. Die israelische Rechte profitiert auch davon, dass Mizrachim als traditioneller wahrgenommen werden und ihnen somit eine größere Nähe zu Positionen der Rechten unterstellt wird.

Die Wahrnehmung der Mizrachim als Kollektiv, das in erster Linie durch seine Religiosität gekennzeichnet ist, bringt sie in eine politischen und kulturelle Zwickmühle: Es wird von ihnen erwartet, dass sie sich nur mit Politik befassen, die mit religiöser Kultur verbunden ist, und nicht mit Fragen der „hohen“ Politik, die die wirtschaftliche Entwicklung, die auswärtigen Beziehungen oder Frieden und Sicherheit betreffen. Sie sind auch von der Behandlung „allgemeiner“ Fragen hinsichtlich der Zukunft Israels und seines Platzes in der Welt ausgeschlossen. So ist es nicht überraschend, dass die einzigen Parteien von Mizrachim, die in der Knesset und in der Regierung vertreten sind, wie Tami[5] und Schas, religiös ausgerichtet sind und keine umfassende politische Agenda verfolgen. Manchmal scheint es so, als sei die einzig mögliche unabhängige politische Existenz für Mizrachim, die man/frau ihnen zugesteht, sich in einer sektoralen religiösen Partei zu organisieren, die keine Bedrohung für die Zentren der Macht darstellt und sich auch nicht in die allgemeine Politik einmischt.

Bedauerlicherweise steht Mizrachim im gegenwärtigen politischen Klima in Israel noch eine weitere Form der politischen Artikulation offen – und zwar eine rechte, rassistische, die sich gegen die arabische Bevölkerung richtet und besonders betont, dass die Juden ein vereintes Volk sind. Für viele Mizrachim erscheint es attraktiv, sich der neuen israelischen Rechten anzuschließen, weil

damit das Versprechen verbunden ist, endlich völlig in das israelische Kollektiv aufgenommen und nicht länger ausgegrenzt und als minderwertig behandelt zu werden.

Es gibt aber auch eine Geschichte von sozialen und politischen Kämpfen im außerparlamentarischen Bereich, in denen sich viele Mizrachim links positioniert haben. Der erste Aufstand von Mizrachim gegen ihre Ausgrenzung und Unterdrückung fand bereits im Jahr 1959 in Wadi Salib in Haifa statt und richtete sich vor allem gegen die Wohnungsnot und erfahrene Diskriminierungen. Neue historische Studien zeigen, dass dieser Aufstand kein vereinzelt Ereignis war, sondern der Höhepunkt von länger andauernden militanten Auseinandersetzungen in vielen Zentren Israels. Die israelische Regierung schlug den Aufstand mit Gewalt nieder und verfolgte jahrelang seine Anführer. Elf Jahre später rebellierten junge Mizrachim in Stadtvierteln von Jerusalem und gründeten die Schwarze-Panther-Bewegung. Diese Bewegung wandte sich entschieden nach links und später schlossen sich einige der Führungspersonen explizit linken Parteien an. Obwohl sie relativ erfolgreich war, ging auch diese Bewegung an der Repression zugrunde. Spätere im Wesentlichen von Mizrachim getragene Bewegungen wie zum Beispiel die Ohalim-Bewegung^[6] neigten dazu, sich auf „soziale“ Probleme zu konzentrieren und kein allgemeines politisches Programm zu formulieren. Weil sich die Machtzentren davon nicht bedroht sahen, überlebten sie länger, hatten jedoch außerhalb ihres unmittelbaren lokalen Umfelds kaum irgendeinen Einfluss.

Aufgrund ihrer zahlenmäßigen Größe sind die Mizrachim aber die soziale Gruppe in Israel, die über das größte Potenzial verfügt, im Land politische Veränderungen herbeizuführen. Sie ist eine sehr diverse und dynamische Gruppe, die noch immer nach ihrem Platz in Israel und darüber hinaus im Nahen Osten sucht.

Zvi Ben-Dor Benite wurde 1966 in West-Jerusalem geboren. Seine aus dem Irak stammenden Eltern kamen in den 1950er Jahren nach Israel. Als Mizrachi-Jugendlicher wurde er schon früh zu einem sozialen und politischen Aktivist. Er kämpft seitdem gegen die Besatzung in den 1967 besetzten Gebieten und die Enteignung der Palästinenser*innen sowie für soziale Gerechtigkeit für Mizrachim in Israel. Diese beiden Themen, über die er heute hauptsächlich schreibt, sind für ihn untrennbar miteinander verbunden.

Ben-Dor Benite ist Professor für Geschichte, Nahost- und Islamwissenschaften und leitet die Nahost- und Islamwissenschaften an der New York Universität (NYU). Er gab zusammen mit Moshe Behar den Band „Modern Middle Eastern Jewish Thought: Writings on Identity, Politics, and Culture 1893-1958“ (Brandeis 2013) heraus und ist Autor von „The Ten Lost Tribes: A World History“ (Oxford University Press 2009).

(Übersetzt von Ursula Wokoock Wollin)

Anmerkungen

[1] Plural des hebräischen Worts „mizrachi“, das „Orientale“ oder „orientalisch“ bedeutet; weiblich: Mizrachit, plural: Mizrachijot. Da es sich um ein Fremdwort handelt, wurde in diesem Artikel durchgehend Mizrachim (statt Mizrachim/Mirachijot) verwendet, um das Lesen zu erleichtern. (Anm. d. Übers.)

[2] Die Mehrheitsverhältnisse änderten sich im Zuge der massiven Einwanderung aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion; 1,6 Millionen Menschen im Zeitraum von 1989 bis 2006. (Anm. d. Übers.)

[3] Vgl. Life Magazine, 18.11.1957, S. 154-160.

[4] Herzl, Theodor: Der Judenstaat, Leipzig/Wien 1896, unter: www.deutschestextarchiv.de/book/view/herzl_judenstaat_1896?p=29.

[5] Akronym des hebräischen Namens „Bewegung für das (kulturelle) Erbe Israels“ -Tami war eine von Aharon Abuchazira (zuvor Religionsminister und Bürgermeister von Ramla) 1981 gegründete Partei, deren Mitglieder und Wähler*innen überwiegend Mizrachim waren. Sie erhielt durch die Wahlen 1981 drei (von 120) Knesset-Sitzen und durch die Wahlen 1984 einen. Danach wurde sie aufgelöst. (Anm. d. Übers.)

[6] Die „Zelte-Bewegung“ war eine Protestbewegung, die 1973 in dem Jerusalemer Stadtteil Katamonim begann und bis Ende der 1970er Jahre fortgesetzt wurde. (Anm. d. Übers.)

RLS Israel 23.09.2016